

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 55 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
27. November 1911

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Maria Zerkin (Zundel), Wilhelmshöhe,
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtach-Strasse 12.

Inhaltsverzeichnis.

Um den Marokkohanbel. — Der Sohn seines Vaters. Von kz. — Die bürgerliche Jugendbewegung. Von Mathilde Wurm. — Die Ferienfrage für die Textilarbeiter. Von Wilhelm Köffel. — Der Kampf gegen die Lebensmittelsteuer. Von Luise Zieh. — Vom außerordentlichen italienischen Parteitag zu Modena. Von Angelita Palabanoff.
Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Der Berliner Jugendausschuss ein politischer Verein. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F.
Notizen: Frauenstimmrecht. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenbewegung.

Um den Marokkohanbel.

Mit leidenschaftlicher Spannung hatten die breitesten Schichten des deutschen Volkes den Reichstagsverhandlungen über das Marokko-Kongo-Abkommen zwischen den Regierungen von Deutschland und Frankreich entgegengesehen. Nicht die kämpfende Vorhut des deutschen Proletariats allein, nein, auch jene Kreise der Handwerker, Kleinbauern, Kleinbürger, der bürgerlichen Intelligenz, denen der nationale Phrasennebel nicht den Blick für das reaktionäre Wesen des Imperialismus verdüstert, der allen Widerstum und alles Unheil der kapitalistischen Ordnung auf die Spitze treibt. Eine Abrechnung großen Stils erwarteten sie mit ihm und seinen Jüngern. Wie aber die Dinge in Deutschland liegen, mußte eine solche zunächst und vor allem in Gestalt einer Auseinandersetzung mit dem persönlichen Regiment erfolgen. In ihm hat einer der charakteristischen Züge des Imperialismus seinen klassischen Ausdruck gefunden: die Verneinung des demokratischen Prinzips, des Rechtes der Völker, im Heimatland wie in fernen Zonen selbst über ihre Geschichte zu entscheiden.

Die Auseinandersetzung mit der selbstherrlichen Regierung der Leute, die sich von Gottes Gnade dünken, aber in Wirklichkeit nur dank sehr realer geschichtlicher Umstände nicht dürrten Blättern gleich aus ihrem Amte gesetzt werden, erschien um so mehr als der gegebene Kernpunkt der Reichstagsverhandlungen, als Anträge vorlagen, welche das verfassungsmäßige Recht des deutschen Parlaments zur Mitentscheidung in der Weltpolitik forderten. Freisinnige und Nationalliberale beantragten, das verfassungsmäßige Recht des Reichstags gesetzlich klarzustellen, bei Erwerb und Abtretung von Kolonialbesitz mitzuwirken. Die Freisinnigen verlangten außerdem die Vorlegung eines sogenannten Weißbuchs und die Überweisung des Marokkoabkommens an die Budgetkommission. Das Zentrum wollte im Schutzgebiete festgelegt haben, daß die Grenzen eines jeden Schutzgebietes nur durch Gesetz geändert werden können. Die Sozialdemokratie endlich forderte nicht bloß ebenfalls ein „Weißbuch“, das alle Dokumente zur Beurteilung des Verhaltens der Regierung in dem Marokkofalle enthalten sollte, sondern auch noch in dieser Session einen Gesetzentwurf der Regierung, durch welchen § 11 der Reichsverfassung so abgeändert würde, daß alle Verträge mit fremden Staaten zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung des Reichstags bedürften. Dieser grundsätzlichen Forderung eines lebenskräftigen Parlamentarismus

entsprechend, beantragte unsere Partei des weiteren, daß der vorliegende Marokko-Kongo-Vertrag dem Reichstag zur Genehmigung unterbreitet werde.

Wie man sieht, bewegten sich alle diese Anträge in der gleichen Richtung: sie forderten eine mehr oder minder starke Bindung der Regierungsgewalt, eine Erweiterung und Sicherstellung des gesetzlichen Rechtes der Volksvertretung. Ein erhebliches Rauschen im liberalen Blätterwald hatte diese ihre Bedeutung noch besonders hervorgehoben. Naive Gemüter mochten wähnen, daß wie im November 1908 wider den Halbabsolutismus ein Sturm heraufziehe, der angesichts des verschärften Ernstes der Situation, die der Imperialismus für die weltpolitischen Beziehungen der Staaten geschaffen hat, wenigstens eine kleine Wegstrecke für den Parlamentarismus, die Demokratie freilegen müsse. Aber freilich: wer sich an Worten und Gebärden nicht genügen ließ, der täuschte sich nicht darüber, daß angesichts des persönlichen Regiments zwei ganz wesensverschiedene Strömungen zusammentrafen. Die demokratische, grundsätzliche Forderung nach dem Rechte des Volkes, in vollem Umfang an der Gestaltung der Welt- und damit auch der Heimatpolitik teilzunehmen, eine Forderung, wie sie von der Sozialdemokratie und einem kleinen Teil linksliberaler vertreten wird, der allerdings nicht die Fortschrittliche Volkspartei ihr Gepräge ausdrückt. Daneben das Drängen jener großkapitalistischen Kreise, welche die vornehmsten Nutznießer der imperialistischen Politik sind, bestimmend an dieser Politik mitzuwirken, um ungestört durch die zickzackenden Launen des persönlichen Regiments und die talentlose Ungeglichkeit der erbeingefessenen junkerlichen Bureaucratie ihrem Profit im Ausland, ihrer Herrschaftsbefestigung im Inland nachgehen zu können. Dieses Drängen nach erweitertem parlamentarischem Recht hat mit der Demokratie so wenig gemein wie das Vater-unser des Banditen vor einem Raubanfall mit Frömmigkeit. Seine Wortführer sind die nämlichen Leute, die der Einführung des demokratischen Wahlrechtes in Preußen den zähesten Widerstand entgegensetzten, das Pluralwahlrecht durchdrücken wollen und mit laum verhehlter Inbrunst den starken Mann herbeisehnen, der dem verhassten Reichstagswahlrecht an die Kehle springt.

So wurde aus dem von breiten Massen erwarteten großen Gerichtstag über das persönliche Regiment selbst eine bloße Raubhalgerei der bürgerlichen Parteien mit seinem „Handlanger“. Es ging nicht um die gehäuften Ungeheuerlichkeiten für ein mündiges Volk, daß die Regierung ohne die Befragung des Reichstags durch die Agadirfahrt Frankreich und England frivol herausgefordert, die Gefahr eines Weltbrandes heraufbeschworen hatte; daß ihre Geschäftsträger monatelang hinter geschlossenen Türen über das Schicksal von Ländern und Völkern, über Krieg und Frieden würfelten; daß sie nun selbstherrlich, unter Mißachtung des Parlaments in einem Vertrag Reiche und Menschen verschacherte, über die ihr nicht die Spur eines Verfügungsrechtes zusteht. Was die „demokratische“ Galle der bürgerlichen Politiker erregte — bis zu den Wiener & Co. hinüber —, war im letzten Grunde lediglich die Tölpelhaftigkeit

der Reichsbureaukraten als „Makler“, ihre Unfähigkeit, „mehr und Besseres“ für die kolonial- und profitlüsternen besitzenden Klassen aus den Verhältnissen herauszuschlagen.

Und zwar unter allen Umständen, auch um den Preis eines Krieges von unabsehbarer Tragweite, ja umgekehrt, gerade um diesen Preis. Der Krieg ist eine so reich strömende Quelle des Gewinns für die Fabrikanten von Mordwerkzeugen, die Lieferanten von Uniformen und Proviant, die spekulierenden Finanzkapitalisten, daß die besitzenden Klassen es mit der Praxis halten: Geld stinkt nicht, Geld blutet nicht, auch wenn es aus Bergen zerfetzter verwesender Kadaver aufgehoben wird. Es waren die um ihre Goldhoffnungen betrogenen Kapitalisten der Schwerindustrie, die durch den liberalen Mund des Herrn Wassermann klagten: „Die ganze Nation ist von tiefem Weh erfüllt, daß von den Machtmitteln Deutschlands nicht mehr Gebrauch gemacht worden ist.“ Und die verwehten Träume von Vorbeeren, Avancement und „Nationaldank“ der Offizierskasinopolitiker polterten in der Entrüstung, mit der der konservative Führer v. Heydebrand — wie er später betonte in voller Übereinstimmung mit seiner Partei — die Regierung mit säbelkräftigen nationalen Phrasen ob mangelnder Energie und Schneidigkeit angriff. Die Konservativen wissen genau, daß wenn der Mantel des persönlichen Regiments fällt, der Herzog der Junkermacht nach muß. Sie wären die letzten, die ihre parlamentarischen Plempen gegen den Halbabsolutismus und für die Demokratie aus der Scheide ziehen würden.

Sogar die „vollen ganzen“ Linksliberalen von der Fortschrittlichen Volkspartei brachten nicht mehr als ein schwächliches „tiefes Bedauern“ auf, als der Absolutismus auf Vorschuß pantomimisch dadurch in die Debatten eingriff, daß der Kronprinz in der Hofloge das kriegsbeherische Toben des Herrn v. Heydebrand wie die rüstungsfrommen Gelübde des Zenträmers v. Hertling durch Beifallsstundgebungen auszeichnete. Wie zugegeben werden muß und was dem Ausflug von dem Sportplatz ins Parlamentarische jeden Anflug romantischer Klüßlichkeit raubt, in nächster, richtiger Einschätzung dessen, was diesem Reichstag geboten werden darf, das erwies schon der folgende Verhandlungstag. Das bischen Unmut der bürgerlichen Liberalen über die persönliche Regiererei im allgemeinen und ihr größerer Groll gegen sein Mißgeschick in der Auswahl seiner Valaien im besonderen hatte sich in dem „eifigen Schweigen“ erschöpft, mit dem am ersten Tage der Beratungen die Kanzlerrede zur Verteidigung der Regierungspolitik aufgenommen worden war. Das Eis schwand schneller wie Märzschnee an der Sonne, als der Reichskanzler sich scharf gegen die junkerliche Fronde und das kronprinzliche Schattenspiel wendete. „Am utopistischen Eroberungspläne und um Parteizwecke willen die nationalen Leidenschaften bis zur Siedehitze steigern, das heißt den Patriotismus kompromittieren.“ Und dieser bitteren Wahrheit an die Adresse der gewissenlosen Kriegspantasten fügte er nicht weniger richtige Worte über die mordspatriotische Wahlmagogie der Konservativen hinzu.

Der kleine häßliche Familienzwist zwischen den regierenden feudalen Gewalten war genug, damit für die bürgerliche Linke die parlamentarische, die geschichtliche Situation in wesentlichem Scheine versank. Bethmann Hollweg ist unser Mann! das kündete ihr stürmischer Beifall, das jubelten anderntags die meisten liberalen Blätter nach. Der versallende bürgerliche Liberalismus blieb damit seiner Tradition treu, immer wieder am Grabe die Hoffnung auf Regierungsfähigkeit durch die Gnade der Regierenden selbst anzupflanzen. Unbegreiflich aber erscheint es, daß auch der Redner der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und ein Teil unserer Presse zu einer Wertschätzung der Kanzlerrede gelangt sind, der wir auf das nachdrücklichste widersprechen müssen. Wir hoffen, die Massen werden ebensowenig wie wir durch Genossen Franz davon überzeugt worden sein, daß das zornige Stürmzeln des Reichskanzlers gegen die ungebärdigen Konservativen „eine mutige und verdienstvolle Tat von bleibendem Werte gewesen ist“. Wir vermögen beim besten Willen nicht die Illusion von Parteiblättern zu teilen, daß Bethmann Hollweg „endlich gerade, vernünftige Politik macht“, daß er „mutig

eine Pflicht erfüllt“, daß „eine Kluft zwischen der Regierung und der eigentlichen Regierungspartei“ sich aufgetan hat. Wir quittieren gewiß schmunzelnd über die zutreffende Kennzeichnung des Progenitivismus der Junker und dehnen sie auf die besitzenden und herrschenden Klassen überhaupt aus. Sie wird uns im Kampfe gegen Verleumdungen und Beschimpfungen gute Dienste leisten. Aber wir vergessen darüber nicht, daß in dem vorliegenden Falle das Wort gilt: „Wenn zwei Spießbuben sich zanken, so erfährt der ehrliche Mann die Wahrheit.“ Wir messen Bethmann Hollwegs gepriesene „mutige und verdienstvolle Tat“ nicht an den Worten, vielmehr an der bisherigen Politik des Mannes und an dem geschichtlichen Um und Auf der Stunde. Der nämliche Reichsbeamte, der als „Diener seines Herrn“ unter der Kanzlerschaft Bülow's die Erbschaftsteuer vertrat, um sie unter der eigenen Kanzlerschaft vor dem Wünschen und Drohen der gierigen Junker preiszugeben; der die streng gesetzliche Praxis des Reichsvereinsgesetzes feierlich verheißend hat, um dann nichts von der auslegungsfrohen Büttelgewalt in Preußen zu wissen; der Verkünder der gottgewollten Abhängigkeiten und der Feindschaft gegen die radikale Reform des preussischen Wahlrechts und die Demokratie überhaupt: der sollte über Nacht der Träger einer gesunden, vernünftigen Politik geworden sein? Wenn ja, so war der Kanzler in diesem Augenblick nichts als das Sprachrohr für die Politik „seines Herrn“; so handelte er im Bemühen, daß ihn dessen Gnade über die Parteien, über das Parlament stelle; so gehorchte er Inspirationen, die er bei einer Abendmahlzeit mit dem Kaiser „zwischen Birne und Käse“ geholt hatte. Kurz, die große Tat einer harten Abstrüpfung der Konservativen entpuppt sich als unzweideutiger Ausdruck des persönlichen Regiments, das parlamentarische Scharmüßel zwischen Kanzler und Kronprinz als der herkömmliche dynastische Hauszwist zwischen Vater und Sohn, allerdings in neuer Variation: der Kronprinzen-Liberalismus, der mit demokratischen Anschauungen lokettierte, ist durch den Kronprinzen-Imperialismus abgelöst worden, der sofort mit den Allüren der Selbstherrschafft austritt. Mit der Politik des Weltfriedens, für den die Sozialdemokratie kämpft, hat das leere Friedensgerede des parlamentarisch unverantwortlichen Kanzlers nichts gemein, dessen Hand noch von der „verfäulenden Agardigeste“ zitterte. „Pact schlägt sich, Pact verträgt sich“, das ist die Inschrift über der angeblichen „Kluft zwischen Regierung und der eigentlichen Regierungspartei“. Kaum daß die Druckerchwärze getrocknet, die mit dem unverdienten Lob die irrierte Wertung der Dinge unter die Massen trug, so ist das durch die Presse der tausenden Brüder bestätigt worden, noch eindringlicher aber durch die Vorgänge in der Budgetkommission bei der Behandlung der oben erwähnten Anträge und im Plenum des Reichstags durch die Entscheidungen über die Schiffahrtsabgaben! —

Was das Marokko-Kongo-Abkommen anbelangt, so stand es von vornherein fest, daß einzig und allein die Sozialdemokratie ihre Stimme grundsätzlich gegen den schändlichen Länder- und Menschenhandel erheben würde. Ihr Protest gegen das Kolonialaustauschgeschäft am Kongo muß — unbeschadet der Zustimmung zu der Politik der freien Märkte, die der Marokkovertrag festlegt — natürlich auch für die faktische Angliederung des afrikanischen Nordwestens an Frankreich gelten. Die bürgerliche Gesellschaft proklamiert die Heiligkeit des Eigentums und organisiert Raubzüge großen Stils oder struppellose Schachergeschäfte, um wilden und halbwildem Völkern das Eigentum zu entreißen, das die Grundlage ihrer Existenz ist, um neue Scharen von Habenichtsen den beutehungerigen Kapitalistencliquen tributpflichtig zu machen. Sie predigt die Heiligkeit und Unabhängigkeit des Vaterlandes und vernichtet mit blutiger Gewalt oder tückischen Rechtsformeln das unabhängige Vaterland zahlreicher Völkerschaften. Auch dieser Gegensatz zwischen Bekenntnis und Tun löst sich letzten Endes auf in den einen großen geschichtlichen Gegensatz zwischen dem ausgebeuteten Proletariat und den ausbeutenden Kapitalisten in der Heimat. In der Tat: sind es nicht auch die einheimischen Arbeiter, die der auswuchernde Kapitalismus um Eigentum und Vaterland

bringt, bis zu den sechs Fuß Erde, deren der Mensch nach Tolstoi bedarf, damit sein leidenschaftlich schlagendes Herz Ruhe finde! —

Nachdem der unter Theaterdonner angekündigte Kreuzzug des bürgerlichen Liberalismus gegen das persönliche Regiment schmählicher ausgegangen war als das Hornberger Schießen, mit einem Jubelgesang auf den Handlanger eben dieses Regiments geendet hatte: war es natürlich, daß die Helden sich mit dem Zentrum zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zusammenfanden. Die Sozialdemokratie, die einzige starke, zuverlässige Friedenspartei im Reiche, soll nach dem kindischen Willen der Herren Biemer, Mugdan, Hausmann und Erzberger durch ihre gewaltigen Demonstrationen gegen den Krieg — den Frieden gefährdet haben! Diese Behauptung wollten die Herren nicht nur durch Gezeiter gegen den Massenstreik als Mittel zur Erhaltung des Friedens pikant machen, sondern auch durch die Aufwärmung des bekannten Denunziationschens, die Sozialdemokratie werde im Falle der Mobilisierung die Soldaten zur Gehorsamverweigerung auffordern. Aber diese letztere nackte Lüge ist kein Wort zu verlieren. Leider ließen sich aber die Genossen im Reichstag angesichts des gegnerischen Vorstoßes aus der Offensive in die Defensive drängen. Statt sich auf die Festlegung des Unsinns zu beschränken, erklärte Genosse Bebel, daß für das deutsche Proletariat der Massenstreik als Waffe zur Sicherung des Friedens überhaupt nicht in Betracht komme. Wozu zu bemerken ist, daß diese Behauptung dem historischen Wesen des Massenstreiks nicht gerecht wird als eines Kampfmittels, dessen Gebrauch sich weder anbefehlen noch verbieten läßt. Des weiteren aber mag es oft nicht weise sein, im Angesicht des Gegners zu sagen, was man zu seiner Niederzwingung zu tun gedenkt, stets aber ist es unstrategisch, vor der Schlacht den Feind durch einen Schwur über das zu beruhigen, was man nie unternehmen werde. Welche Mittel das Proletariat in Deutschland im Falle eines aufziehenden Kriegsgewitters zur Sicherung des Friedens gebrauchen wird, das hängt von einer Vielheit tatsächlicher Umstände ab, über die sich nicht prophezeien läßt, von denen wir aber das eine wissen: Die Reife, der entschlossene Wille, die Opferfreudigkeit der Massen werden nicht zuletzt ausschlaggebende Faktoren dabei sein. Diese Sachlage und das proletarische Klasseninteresse bestimmen die Haltung des Proletariats und nicht der rein äußerliche Umstand, ob es vor oder nach einer Kriegserklärung zu handeln gilt. Unter den Massen wächst die Überzeugung, daß in allen Situationen ihre entschlossene Bereitschaft die letzte, die bewußt schöpferische Macht des politischen Geschehens ist. Der Ansporn, diese Erkenntnis zu stärken, ist das wichtigste Ergebnis der Marokkodebatte.

Der Sohn seines Vaters.

Außerhalb der eigentlichen Bühne, auf der das Mißgeschick deutscher Staatskunst zur Verhandlung stand, gab im Reichstag Seine Kaiserliche Hoheit der Kronprinz ein mehr possessives als erfolgreiches Gastspiel. Bereits in noch jugendlichem Alter hatte sich der Kronprinz einmal seinem Volke bemerkbar gemacht, als er die Sozialdemokraten „Glende“ nannte. Doch ist der Mensch ein Erzeugnis seiner Umgebung, und man schelte ein Kind nicht zu heftig, aus dem der Geist seines Vaterhauses allzu laut spricht. Seit er erwachsener ist, sind die Sorgen des Kronprinzen hauptsächlich dem Sport* zugewandt. So hat, wenn wir nicht irren, der Schlitten des hohen Herrn bei Wettbewerben in ausländischen Erholungs- und Vergnügungsorten mehrfach Preise für seine große Geschwindigkeit erhalten. Vor einiger Zeit reiste der Kronprinz zur See nach Asien und landete in Indien, wo er eifrig jagte und Tennis spielte. Doch brach er diese Vergnügungsreise ab, als in der Mandchurei die Pest ausbrach. Die Furcht vor der Seuche hat ihr Gutes gehabt. Nicht nur, weil sie uns das Leben des Kronprinzen erhielt, vielmehr auch, weil sie diesen davor bewahrte, in allzu

* Sport (englisch) Spiel, vorzugsweise eine solche Belustigung, die im Freien vor sich geht und mit Körperübung verbunden ist.

enge Freundschaft mit der chinesischen Kaiserfamilie zu treten, deren Thron jetzt durch den Bürgerkrieg erschüttert ist. So blieb der Kronprinz von dem Mißgeschick seines Vaters verschont. Dieser war der beste Freund desjenigen türkischen Sultans geworden, den die Engländer den „großen Mörder“ nannten, und mußte später der Freund eben der „Umstürzler“ werden, die diesen Monarchen absetzten.

Das Auftreten des Kronprinzen im Reichstag hat sich folgendermaßen abgepielt. Reichen Beifall spendete er den Worten derer, die zum Kriege gegen das Ausland hielten, namentlich aber beklatschte er lebhaft die scharfe Verurteilung der Politik, die der Ausfluß der Weisheit seines Vaters ist, des Instrumentes des Himmels. Ursprünglich hatte der Kronprinz die Absicht, den gesamten Verhandlungen des Reichstags über die Marokko-Kongo-Angelegenheit anzuwohnen. Leider ist er aber schon am zweiten Tage der Verhandlungen nicht mehr im Reichstagsgebäude erschienen.

Der Kronprinz, der sich wohl noch nicht so in Reden äußern darf wie sein Vater, hat mit seinen Beifallsbezeugungen dem Volke seinen Kriegsmut kundtun wollen. Nun, wir sehen den Mut auf dem Schlachtfeld nicht als den höchsten Mut an. Napoleon I. floh nicht seine pestkranken Soldaten in Syrien, sondern er trat an ihr Krankenlager und reichte ihnen ruhig die Hand, und das zu einer Zeit, da man von der Ansteckungsgefahrlichkeit der Pest weit übertriebener Vorstellungen hatte als im Frühjahr 1911. Den Mut, den er hierbei bewies, werten wir höher als alle Kühnheit, die er bei Massenschlächtereien zeigte. Doch der Vater des Kronprinzen hat einmal Napoleon als „Parvenu“, als Emporkömmling bezeichnet. Und ein Emporkömmling mag wohl jederzeit sein Leben einsetzen, ein geborener Prinz aber ist verpflichtet, sein Leben für sein Volk zu erhalten. Das Erscheinen und Benehmen des Kronprinzen im Reichstag ist viel besprochen worden. Es fand den lauten Beifall „völkisch“ gesinnter Kreise. Was einst der Vater mit den Worten von der „gepanzerten Faust“ und den „Sunnen“ verheißen hatte, war ihnen durch Chinafeldzug und Vernichtung der Herero noch nicht genügend wahr gemacht. Nun soll ihnen der Sohn die Erfüllung ihrer blutigen Träume bringen. Doch hat das Auftreten des Kronprinzen auch manch herbes Wort des Tadelns erfahren. Man hat sich darüber erregt, daß der junge Fürst in der Volksvertretung ein Betragen zur Schau trug, das für jeden anderen Zuhörer eine Rüge des Präsidenten, wenn nicht die Ausweisung aus dem Saale zur Folge gehabt hätte. Andere haben es dem Kronprinzen zum Vorwurf gemacht, daß er sich von den Junkern als blindes Werkzeug ihres Antritts gegen den Reichskanzler mißbrauchen ließ. Wir können uns diesen Tadeln nicht anschließen. Wenn wir bedenken, welche Dummheiten selbst reife Leute im öffentlichen Leben begehen, so werden wir die ersten lächerlichen Schritte eines Neulings auf dem politischen Tanzboden nicht so hart beurteilen. Wir kämpfen ja gerade dafür, daß ein jeder Mensch seine ererbten und erworbenen Fähigkeiten voll ausüben kann, und als Demokraten vertreten wir den Grundsatz, ein jeder, auch ein Prinz, hat das gleiche Recht, sich bloßzustellen, so gut er nur kann. Ferner sind wir von jeher für die Beteiligung weitester Volksschichten an den Arbeiten des Parlaments gewesen. Auch wären wir die letzten, die der politischen Betätigung Jugendlicher wehren möchten. Wir bedauern nur, auf Grund der guten Erfahrungen, die wir bei unserer Aufklärungsarbeit mit den Reden des Vaters gemacht haben, daß der Sohn bis jetzt nur mit den Händen und noch nicht mit der Zunge für uns arbeiten kann.

kz.

Die bürgerliche Jugendbewegung.*

Eine sachgemäße Orientierung über die bürgerliche Jugendbewegung wurde, je mehr die Arbeiterjugendbewegung in Deutschland wuchs, ein um so dringenderes Bedürfnis. Genosse Karl

* Die bürgerliche Jugendbewegung, von Karl Korn. Herausgegeben von der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands. Berlin SW 68, Buchhandlung Vorwärts.

Korn hat in seinem Buche „Die bürgerliche Jugendbewegung“ diese Aufgabe glänzend gelöst. Er gibt nicht eine blutleere Aufzählung all der zahllosen heute existierenden Jugendvereine und -vereinigungen, sondern er will der Arbeiterklasse, für die sein Buch bestimmt ist, die Bedeutung des einheitlichen großen Stromes bürgerlicher „staatsbehaltender“ Jugendbewegung nachweisen, in den die vielen kleinen und feichten Bächlein konfessioneller und interkonfessioneller Vereine einmünden. Unter „bürgerlicher Jugendbewegung“ ist zu verstehen das in bürgerlichen Kreisen ebenso plötzlich erwachte, wie rapid steigende Interesse für die Arbeiterjugend. Hat man früher unter „bürgerlicher Jugendbewegung“ im allgemeinen die konfessionelle, die katholische und evangelische Jugendbewegung verstanden — und eine andere gab es ja bis vor kurzem nicht —, so zeigt Korn, daß heute darunter alle jene Bemühungen um die proletarische Jugend zusammenzufassen sind, die ausgehen von den gesamten staatsbehaltenden Elementen und Richtungen, vereint unter dem Motto: „Die proletarische Jugend in der gefährlichen Periode zwischen 14 und 18 Jahren vor den ihr drohenden sittlichen und staatsbürgerlichen Gefahren zu bewahren.“ Großindustrielle, Unternehmerverbände, Zünfte, Staatsbetriebe sind sich plötzlich einer groben Pflichtvernachlässigung bewußt geworden. Sie interessieren sich auf einmal dafür, was „ihre“ jugendlichen Arbeiter mit ihrer freien Zeit anfangen. Und wenn auch die Sozialdemokratie diese freie Zeit erst durch die Gesetzgebung erzwingen mußte, haben nichtsdestoweniger die großen und kleinen Arbeitgeber die Empfindung, als ob die freie Zeit der Jugendlichen eigentlich auch ihnen gehöre, daß die jungen Proletarier ihnen Rechenschaft über deren Anwendung ablegen müßten. Über Werkstatt und Fabrik hinaus wollen sie das Tun und Treiben der Jugend unter ihre Aufsicht stellen.

Diesem Wunsche kommen die kommunalen und staatlichen Behörden nur allzugern entgegen. Die Fortbildungsschule wird dem Verlangen der Lehr- und Fabrikherren dienstbar gemacht, die Städte stellen Räume für die wohlbeaufsichtigte Jugend unentgeltlich zur Verfügung sowie öffentliche Spielplätze und, wenn nötig, auch Geld. In den herrschenden Klassen selbst vereinigen sich die entgegengesetztesten Elemente bis hinauf zur Krönung des kapitalistischen Gebäudes, bis zur Armee, zur „Erziehung der Arbeiterjugend“.

„In Preußen-Deutschland“, sagt Korn sehr treffend, „ist aus dem Jahrhundert des Kindes ein Jahrhundert der Jugend geworden, das heißt der Arbeiterjugend.“ Und mit Recht betrachtet er diese Vereinigung aller sich sonst untereinander scharf bekämpfenden Kräfte als einen Beweis dafür, daß die neue bürgerliche Bewegung sich zwar nicht mehr deckt mit den katholischen und evangelischen Jugendvereinen, aber daß sie alle einheitlich und zielbewußt dasselbe erstreben: „die arbeitende Jugend der Sozialdemokratie abspenstig zu machen“. Es eint sie alle „der Klasseninstinkt, der Klassenwille“, mögen sie auch entsprechend ihren bürgerlichen Standes- und Berufstrennungen auf den gemeinsamen Jugendkongressen noch so verschiedener Meinung sein.

Fragt man diese Regierungsräte, Oberstleutnants a. D. und andere Stützen des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie nach den Ursachen gerade ihres Interesses für die Arbeiterjugend, so heißt es von der einen Seite, „weil die Großstadtjugend so verderbt ist“; von der anderen: „nicht allein die Großstadtjugend ist verderbt, sondern auch die ländliche“; von der dritten: „die Jugendfrage ist heute so brennend wegen der zunehmenden militärischen Untauglichkeit“. Mit dem Wußt von Gründen, den unsere Gegner zusammenhäufen, werden die wirklich treibenden Kräfte verhüllt, von denen die bürgerlichen Freunde der Arbeiterjugend bewußt oder unbewußt sich bestimmen lassen. Es ist das Verdienst des Genossen Korn, daß er die wirklichen Ursachen des jetzt in der bürgerlichen Gesellschaft so lebhaft erwachten Interesses an der proletarischen Jugend aufdeckt, Ursachen, die in der wirtschaftlichen und sozialen Struktur unserer Zeit liegen. Eine Arbeiterjugendbewegung konnte erst entstehen, nachdem die wirtschaftliche Entwick-

lung ein jugendliches Massenproletariat in den Produktionsprozeß hineingezwungen hatte. Und als in diesen jugendlichen das Klassenbewußtsein erwachte, als einige der Tüchtigsten unter ihnen ihre Leidensgefährten zu fester Organisation zusammenzuschließen verstanden, da erkannte die bürgerliche Welt, daß am Baume der Arbeiterbewegung ein grüner Zweig ganz in der Stille gewachsen und erstarkt war. Aus Erfahrung weiß sie, daß sie den Wurzeln dieses mächtigen Baumes weder mit List noch Gewalt beizukommen vermag. So versucht sie wenigstens, seine knospenden Spitzen zu zerstören, macht sie alle verfügbaren Kräfte mobil, „das heranwachsende Proletariat für die bürgerliche Gesellschaft einzufangen“. All die verschiedenen Organisationsformen, in denen dies geschieht, zu kennen, ist für uns, besonders für die Jugendausschüsse und alle die in der Arbeiterjugendbewegung Stehenden von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Die Hauptsache dabei ist, festzustellen, daß ein Wille die feindlichen Scharen beseelt, daß eine Marschrichtung sie in Bewegung setzt, und daß das Ziel dieses Marsches das Proletariat ist, dem sein uraltes, wertvollstes Besitztum entzogen werden soll: seine Jugend“.

Um dieses Ziel zu erreichen, vereint sich die katholische Geistlichkeit, wenn auch mit einem heiteren und einem nassen Auge, mit der bürgerlichen Bewegung. Genosse Korn weist besonders darauf hin, daß die Geistlichkeit noch immer bereit war, mit der bürgerlichen Gesellschaft gemeinsame Sache zu machen, „wenn es galt, die Masse niederzuhalten“, vorausgesetzt, daß die Kirche dabei auf ihren Vorteil kam. Gemäß dem Zwange der wirtschaftlichen Entwicklung und um die Konkurrenz anderer „Jugenderzieher“ zu bekämpfen, modernisiert die katholische Geistlichkeit ihr Jugendfanggeschäft, weil die moderne Jugend, wie einer der geistlichen Jugendfreunde sagte, „sich nicht mehr anpredigen lassen will“. Der katholischen Jugendbewegung verliert und verleiht ihre Stärke ihre klare und zielbewußte Tätigkeit. Ihre ersten Gründungen reichen zurück bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts. Die Jugend von 14 bis 17 Jahren wird heute in den verschiedenartigsten Vereinen gesammelt, deren Unterscheidung Genosse Korn in sehr dankenswerter Weise darlegt. Kennzeichnend für alle ist, daß die katholischen Jugendleiter kein Mittel scheuen, die Jugend unter ihre Herrschaft zu bekommen. Dort, wo das Zentrum Alleinherrscher, steht selbstverständlich die Schule im Dienst der katholischen Jugendorganisation. Sie zwingt die sie verlassenden Kinder in den katholischen Jugendverein hinein. Die Eltern werden „in der gottesdienstlichen Predigt“ aufgefordert, ihre Kinder in den Jugendverein zu schicken; auch daß sie „den Besuchsbesuch ihres Sohnes genau, aber unauffällig kontrollieren“, soll ihnen nahegelegt werden. Kurz und gut, von der Taufe bis zum Sterbesakrament hält die katholische Kirche ihre Schäflein treu unter Obhut, und der Staat leistet ihr dabei bereitwilligste Hilfe, überläßt ihr Schule und Kanzel, um das Volk, insbesondere seine Jugend, zur Treue für Thron, Altar und Geldsack zu erziehen. Die geistlichen Leiter — und andere gibt es kaum — der katholischen Jugendvereine sind vereinigt zu einem „Zentralverband der Präses der katholischen Jugendvereine Deutschlands“. Sie haben eine straffe Organisation und ebenso straffe Disziplin. Die Zahl der im „Zentralverband“ zusammengefaßten Jugendvereine beträgt 1615 mit circa 200 000 Mitgliedern, von denen nur 30 Prozent über 18 Jahre alt sein sollen. Aber die Hälfte der Vereine, 942, mit ungefähr zwei Dritteln der gesamten Mitgliederzahl entfallen auf die schwarze Gegend Köln, Münster, Paderborn. Hinzugerechnet müssen noch rund 100 000 Jugendliche werden aus 200 dem Zentralverband nicht angeschlossenen Vereinen, so daß die katholischen Organisationen insgesamt 300 000 Jugendliche umfassen. Mag die Zahl auch sehr nach oben abgerundet sein, es ist immerhin eine achtunggebietende Schar junger Leute, die die katholische Kirche um ihre Fahnen sammelt. Dagegen scheint eine Organisation der weiblichen Jugend noch nicht einmal in den Anfängen vorhanden. Es gibt zwar Vereinigungen zum Schutze der „gefährdeten“ weiblichen Ju-

gend, außerdem einige weibliche Berufsvereine, doch stellt Korn fest: „Organisationen für die weibliche Jugend im eigentlichen Sinne existieren nur als Marianische Jungfrauenkongregationen, und sie stehen auf rein religiösem Boden.“ Diese frommen Vereinigungen sind, nach Aussage eines katholischen Sozialpolitikers, „Zufluchtsstätten für alte Jungfern“, oder aber „Sammlungspunkte der weiblichen Jugend der sogenannten besseren Stände, worin die jugendlichen Repräsentantinnen von Bildung und Besitz eine Art Kastenreligion praktizieren.“ Wenn überhaupt Ansätze zur Entwicklung von katholischen Mädchen- und Frauenorganisationen vorhanden sind, so geschieht dies lediglich deshalb, um den freien Gewerkschaften, wie Korn sehr richtig bemerkt, „ein Paroli zu bieten“. Katholische Führer selber haben das zugegeben.

Die katholische Jugendbewegung ist zweifellos ihres Erfolges nicht ganz so sicher, wie es vor Jahrzehnten die katholische Arbeiterbewegung war. Allein kraft ihrer inneren Geschlossenheit und ihres klaren Zieles, ihrer großen Geldmittel, ihrem Reichtum an tätigen Helfern in der Person ihrer Kapläne, die jedem Wink gehorchen, ist die katholische Kirche noch lange imstande, eine große Anzahl jugendlicher Proletarier in geistige Fesseln zu schlagen und zu Kämpfen für die streitbare Macht der Kirche großzuziehen.

Die evangelische Jugendbewegung entbehrt sowohl des festen Unterbaus wie des klaren Zieles. Die verschiedensten Richtungen stehen sich hier schroff gegenüber. Korn charakterisiert diese Bewegung sehr treffend mit den Worten: „Auf evangelischer Seite herrscht neben der Konfusion in der Theorie, in der Praxis die Konkurrenz.“ Die evangelischen Jugendleiter sind junge Männer, die nicht wie die Kapläne aus dem Volke hervorgegangen, dessen Denken und Fühlen nahesteht, sondern es sind meist dem Kleinbürgertum, dem Beamten- und Pfarrerstand entstammende Pastoren, die der Arbeiterjugend recht fernstehen, für diese vielleicht Respektspersonen, nie aber vertraute Freunde sein können. Auch hat die evangelische Kirche nirgends einen festen Besitzstand wie die katholische, sie kann auf keine geschulte Anhänger-schar rechnen. Daher teilt sich auch ihre Jugendbewegung — wie die evangelische Kirche selbst — in 6 bis 7 Richtungen von der äußersten Rechten bis zur „liberalen“ Linken. Ein öder Geist beherrscht diese Jünglingsvereine, deren Hauptziehungspunkt Beten und Posaunenblasen ist. Einmal Korn weiß ein ergötzliches Stücklein davon zu erzählen, allen Genossen und Genossinnen sei es zum Nachlesen empfohlen.

Weit engherziger wie die katholische Jugendbewegung sucht die evangelische die Jugend fernzuhalten von jedem tätigen Interesse für wirtschaftliche und soziale Fragen. All die verschiedenen Richtungen statistisch zu erfassen, ist nicht leicht; nach der vom Genossen Korn gegebenen Übersicht zählen die National-Vereinigung der evangelischen Jugend und die ihr nicht angegeschlossenen sieben Bände insgesamt 133 000 Mitglieder, darunter ist aber ein hoher Prozentsatz von über 18 Jahre alten, ja sogar schon ein ganzer Teil verheirateter „Jünglinge“.

Die evangelischen Jungfrauenvereine sind zumeist gleich den katholischen rein religiöser Art. Die Fürsorge für schwarze Waisenkinder hat sich in diesen Vereinen zu einem förmlichen Sport ausgebildet. Eines der evangelischen Vereinsblätter berichtet, daß jährlich Zehntausende von Mark von den frommen Jungfrauen aufgebracht werden für den Unterhalt von Missions-schwester in Ostafrika, auch in China usw. Mit Recht hebt Korn hervor, daß es zumeist arme Mädchen sind, Dienstmädchen, Handlungsgehilfinnen und dergleichen, die sich das Geld für diese Missionsromantik am Rande absparen müssen. Die Zahl der deutschen evangelischen Jungfrauenvereine, deren Mitglieder fast alle das 18. Jahr überschritten haben, beträgt 4500 mit insgesamt 40 000 Mitgliedern, davon in Berlin allein 108 Vereine mit 3000 Mitgliedern. Der Weltbund der evangelischen Jungfrauenvereine soll angeblich 500 000 Mitglieder zählen. Selbst in ernstlichen evangelischen Kreisen werden diese Jungfrauenvereine nicht mehr ernst genommen, sie haben „längst abgewirtschaftet“, wie Pastor Traub aus Dortmund von ihnen sagte.

Neben den genannten evangelischen und katholischen Jugendvereinen bestehen in Deutschland noch 55 jüdisch-konfessionelle Jugendvereine mit 7000 Mitgliedern. Diese setzen sich zusammen aus Kaufmannslehrlingen und Kommis. Ihr Zweck ist, „die Anhänglichkeit an das Judentum zu kräftigen“. Aber „vom modernischen Geiste der christlichen Jugendbewegung ist in diesen Vereinen junger jüdischer Kaufleute nichts zu spüren“.

Zu erwähnen sind noch die sogenannten Interkonfessionellen oder neutralen Jugendvereine, vor allen anderen „Die deutsche Turnerschaft“. Die jugendlichen Mitglieder von 14 bis 17 Jahren sind in Bögling-abteilungen zusammengefaßt, die Knaben unter 14 Jahren in Schülerabteilungen. Am 1. Januar 1910 gab es 161 097 Böglinge, 54 753 Schüler bei einer Gesamtzahl der männlichen Turner von 946 115. Außerdem waren etwa 200 000 jugendliche Turner von 18 bis 21 Jahren vorhanden. Die deutsche Turnerschaft vereint rund 360 000 junge Leute in der Zeit zwischen Schule und Kajerne in ihren Reihen, von denen 35 232, ungefähr gleich einem Armeekorps, im vorletzten Jahre in das Heer eingestellt wurden. Weibliche Mitglieder waren 53 447 vorhanden, die Hälfte davon unter 21 Jahre alt, und 24 469 Schülerinnen.

Daß die deutsche Turnerschaft die „Freien Turner“ auf das heftigste bekämpft, braucht hier nicht besonders betont zu werden. Hat doch der deutschen Turnerschaft die bürgerliche Jugendbewegung im Kampfe gegen die Arbeiterbewegung eine führende Rolle zugewiesen. Korn fordert die gesamten organisierten Arbeiter auf, die proletarische Jugend davor zu behüten, von Staats wegen der deutschen Turnerschaft ausgeliefert zu werden.

Die übrige sogenannte „neutrale“ Jugendpflege, die sich keiner bestimmten kirchlichen Richtung anschließt, ist an sich bedeutungslos. Von ihr braucht hier nichts weiter erwähnt zu werden, als daß auch sie ihr Möglichstes dazu beiträgt, der Freien Jugendbewegung entgegenzuarbeiten. Den nicht mehr genügend anlockenden konfessionellen Jugendvereinigungen ist ein mächtiger Bundesgenosse entstanden, „die preussische Bureaukratie“. Wie gerade sie dazu kommt, den bedrohten Besitzstand der Reichelerten und Geschorenen retten zu helfen, hat seine erste und wesentliche Ursache wohl in dem politischen Haß, den die an der preussischen Staatskrone sitzenden Herrschaften jeder freieren Regung preussischer Untertanen entgegenbringen — ganz abgesehen davon, daß der preussische Staat von je nichts anderes war als der geschäftsführende Ausschuss der herrschenden Klassen. Der Staatsminister v. Böttcher charakterisierte das seinerzeit bei einem Feste der Großindustriellen treffend mit den Worten: „Meine Herren, wir arbeiten ja nur für Sie.“

Noch vor zehn Jahren hat sich die preussische Fürsorge für die Arbeiterjugend damit begnügt, die Regierungspräsidenten dazu aufzufordern, „die vorhandenen Vereine und Bestrebungen (wohlverstanden die konfessionellen) tatkräftig zu unterstützen, die Lehrer und Arbeitgeber, die kommunalen Schulbehörden auf ihre Förderung nachdrücklich hinzuweisen und, wo solche Einrichtungen fehlen, ihre Schaffung zu erstreben“. Schon 1905 wird den Regierungspräsidenten gedankt für ihre erfolgreichen Bemühungen mit dem Ersuchen, ihre Tätigkeit in derselben Richtung fortzusetzen, und in demselben Jahre erließ Kultusminister Studt eine besondere Verfügung „an die königlichen Regierungen“ des Inhaltes, „daß die Lehrer an Volks- und Fortbildungsschulen die berufenen Förderer dieser Schulentlassenenfürsorge seien“.

Und nun beginnt eine außerordentlich rührige Tätigkeit. Die Zentralstelle für Volkswohl-fahrt wird „die organisatorische Trägerin dieser verstaatlichten Jugendpflege“. Überall gründen Regierungsbeamte „Vereine zur Fürsorge für die schulentlassene Jugend“. Kurse für Jugendleiter werden veranstaltet, die Kosten trägt das preussische Handelsministerium. Spiel und Sport werden als Hauptagitationsmittel zur Gewinnung der Jugend benutzt, zahlreiche Vereine für Volks- und Jugendspiele ins Leben gerufen, die, wie es an einer Stelle heißt, „nicht bloß vom gesundheitlichen und völklichen, sondern auch vor allem vom erzieherischen Standpunkt sozial ausgleichend wirken“ wollen.

Der Mittelpunkt, um den sich die ganze staatliche Jugendpflege gruppiert, ist die Fortbildungsschule. Ihr Einfluß auf die arbeitende Jugend soll nicht nur innerhalb der Unterrichtsstunden, sondern noch mehr außerhalb derselben dem Staate nutzbar gemacht werden. Der sehr beachtenswerte Erlaß des Handelsministers vom 25. Juli 1908, den Korn im wesentlichen wiedergibt, weist der Fortbildungsschule Aufgaben zu, die bisher nicht zu ihrem Pflichtenkreis gehört haben, macht sie zum Knecht der herrschenden Klassen. Daß diese eine Unterwerfung der Fortbildungsschulen unter ihre Wünsche für selbstverständlich halten, beweist die Rede des Generals v. Bissing im Herrenhaus am 30. Juli 1911: „Die Fortbildungsschulen sind als ein wesentliches Mittel dafür anzusehen, um zu verhindern, daß die Jugendmassen den verführerischen Verlockungen der vaterlandsfeindlichen Umsturzpartei verfallen. Die Erziehung in den Fortbildungsschulen soll dafür sorgen, daß die heranwachsenden dem Vaterland erhalten bleiben als Glieder eines nationalgesinnten, wehrkräftigen Volkes.“

In demselben Maße, wie die proletarische Jugendbewegung erstarkte, war auch die Gegenströmung gewachsen, und auf den gemeinsamen Kongressen der Jugendfanginteressenten bildet von nun an die Gefährdung der Jugend durch die Sozialdemokratie und ihre Rettung vor dieser Partei das Leitmotiv.

Die Fortbildungsschule bleibt der letzte Rettungsanker der Staatserhaltenden, und wenn die Arbeiterjugend nicht gutwillig in die vom preußischen Staate gestempelten Fortbildungsschulvereine hineingehen will, so sucht man Mittel und Wege, sie hineinzuzwingen. Daß damit eine neue unerhörte Drangsalierung der Arbeiterjugendbewegung durch die Behörden Hand in Hand geht, ist im Polizeistaat Preußen-Deutschland selbstverständlich.

Zu seinem Schlußwort weist Genosse Korn darauf hin, welche unerschöpflichen Mittel dieser neuen, der staatlichen Bewegung nach jeder Richtung zur Verfügung stehen. Darin, aber auch nur darin ist sie der unserigen überlegen. Und hat die konfessionelle Jugendbewegung trotz ihres jahrzehntelangen Bestehens keine nennenswerte Ausdehnung zu erreichen vermocht, so liegt auch jetzt für uns kein Grund vor, „die neue Gefahr zu überschätzen“.

Es ist ein Verdienst des Genossen Korn, diese Gefahr der Arbeiterchaft klar vor Augen geführt, ihr in seinem übersichtlichen und inhaltreichen Buche ein treffliches Stück Gegenwartsgeschichte gegeben zu haben, das jeder Genosse und jede Genossin kennen lernen mußte. Wenn wir die aufgezeigte Gefahr auch nicht überschätzen, so dürfen wir sie ebensowenig unterschätzen. Sie ist da. Es gilt daher, alle Kraft daran zu setzen, der proletarischen Jugendbewegung freie Bahn zu schaffen. Um was es sich dabei handelt, hat mancher Genosse und manche Genossin noch nicht so klar erkannt wie unsere Gegner. Namentlich die katholische Kirche, die ja stets von weitem schon „den Teufel wittert“, kann uns lehren, um welchen hohen Siegespreis der Kampf geführt wird. Den letzten Katholikentag beschäftigte sehr wesentlich die Frage, wie die Jugend zu gewinnen und zu halten sei. „Der Heilige Vater“, hieß es da, „sieht in dem Kampfe um die Jugend den Kampf um die Zukunft; in dem Ausgang dieses Kampfes die Entscheidung für das Wohl oder Wehe der Menschheit.“

Ja, wer die Jugend hat, hat die Zukunft! Aufgabe der Arbeiter, ganz besonders der Mütter ist es, ihre Kinder derjenigen Jugendbewegung zuzuführen, die aus der Arbeiterklasse emporgewachsen, im Geiste des proletarischen Befreiungskampfes vorwärts strebt.

Mathilde Wurm.

Die Ferienfrage für die Textilarbeiter.

Ferien — für alle die, die es „dazu haben“, für Geldleute, Unternehmer, Direktoren, Meister und andere Angestellte etwas ganz Selbstverständliches — dem schwer arbeitenden Textilarbeiter sind sie verjagt, und ebenso seiner Frau und Tochter, die auch schwer arbeiten müssen, meist im Haushalt und für den Erwerb. Wenigstens auf dem Kontinent kennen sie alle

keine Ferien. In England dagegen sind solche in den Textilbetrieben in weitgehendem Maße durchgeführt. Allerdings war dabei die Macht der Arbeiterorganisation ein viel kräftigerer Hebel als die Humanität der Arbeitgeber. Fast durchweg werden die Ferien in den englischen Textilorten so gelegt, daß alle Betriebe eines Ortes ein oder zwei Wochen stillstehen. Der von den Arbeitern im Laufe des Jahres aufgesammelte „Ferienfonds“ kommt zur Auszahlung, dazu der Lohn für die Ferienzeit im voraus. So geht der englische Textilarbeiter in seine Ferien, so können sie eine Erholung von schwerer Arbeit sein.

Wie weit die Textilarbeiter auf dem Kontinent von dieser gesunden Einrichtung noch entfernt sind, zeigt eine Rundfrage, die kürzlich veranstaltet wurde.

Für Österreich äußert sich der Sekretär der „Union der Textilarbeiter“, Reichsratsmitglied Hanusch-Wien. Er schreibt: „Mir ist von einem bezahlten Urlaub in der Textilindustrie nichts bekannt. Gefordert wurde er schon oft, leider haben wir ihn noch nicht erreicht.“

In Holland berichtet der Vorsitzende des holländischen Textilarbeiterverbandes „De Eendracht“, Genosse Voogtsgeerd-Enschede, wie folgt: „... Viel Gutes kann ich betreffend Sommerferien für die Textilarbeiter unseres Landes nicht mitteilen. Die Textilarbeiter Hollands haben es noch nicht so weit bringen können, daß sie Sommerferien genießen können. In Enschede gibt es eine Fabrik, wo die Arbeiter drei freie Tage im Jahre haben und ihnen für diese Tage auch der Lohn bezahlt wird. Auch in Hengelo haben die Textilarbeiter von der Firma Stod einige freie Tage jedes Jahr unter Fortzahlung des Lohnes. Es schmerzt mich, daß ich nicht Besseres berichten kann.“

Wie weit in der Schweiz Ferien durchgeführt sind, geht aus den Fabrikinspektorenberichten zum Teil hervor. So sagt zum Beispiel Herr Dr. Wegmann, Inspektor des ersten Kreises — Kantone Zürich, Uri, Ob- und Nidwalden, Glarus, Zug, St. Gallen, Graubünden —: „Die Gewährung bezahlter Ferien hat ebenfalls erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen. Es sind uns neun Firmen bekannt geworden, die solche eingeführt haben, und zwar je eine Maschinenfabrik, Buchdruckerei, Waschanstalt, chemische Fabrik, Bleicherei und Appretur, Brauerei, feinn mechanische und zwei Holzbearbeitungsgeschäfte.“ Und weiterhin: „Die schon früher erwähnten Ferienstationen dreier Firmen, zwei Seidenwebereien und eine Maschinenfabrik, sind jedes Jahr sehr gut besucht.“ Der Inspektor des dritten Kreises — Kantone Bern (alter Landesteil), Solothurn, Basel, Schaffhausen, Appenzell, Aargau, Thurgau —, Herr Kauschenbach, berichtet: „... Die Zahl derjenigen Betriebe, die ihren Arbeitern alljährlich einige Tage bezahlte Ferien gewähren, ist in erfreulicher Zunahme begriffen. Vorab sind es die Arbeiter kommunaler Betriebe, die sich dieser Vergünstigung erfreuen, so diejenigen der Städte Bern, Luzern, Basel, Schaffhausen und Thun. ... Einige Privatbetriebe erteilen Ferien schon nach anderthalbjähriger Dienstleistung, andere nach drei oder fünf Jahren, und für drei, sechs, neun bis zwölf Tage im Jahre je nach den Verhältnissen. Die Sache marschiert also. ...“ „Von Schiffstickereien, welche bezahlte Ferien gewähren, sind uns bekannt: Die Firmen J. & Frères und Jäger in St. Gallen (eine Woche und 50 Fr.) und die Seidenappretur und Färberei A. G. Karl Weber in Winterthur.“

Weiteres ist zur Frage aus den Berichten leider nicht zu ersehen. Bezahlte Ferien sind also auch in der Schweiz nicht häufig, indessen: „Die Sache marschiert.“

Um für Deutschland zu ermitteln, wie die Dinge betreffs bezahlter Ferien liegen, veranstaltete der Deutsche Textilarbeiterverband eine Umfrage bei den Filialen der Organisation. Sie hatte das folgende Ergebnis: Aus den ungefähr 350 Orten, in welchen der Deutsche Textilarbeiterverband Filialen hat, kamen nur 26 Antworten, welche die Frage nach Ferien bejahten. Wir lassen die Namen der Orte folgen, von denen das gilt. Um aber die Unternehmer dort nicht unverdienterweise in den Geruch besonderer Humanität zu bringen, fügen wir außer der Zahl der die Vergünstigung genießenden Arbeiter

und Arbeiterinnen auch die der Betriebe ein, wo sie besteht. Es zeigt sich dann, daß es fast immer nur ein einziger Betrieb ist — selten mehrere in einem Orte —, wo für die gerechte Forderung der Arbeiterschaft Entgegenkommen zu finden ist.

Ort	Betriebe	Arbeiterzahl	Ort	Betriebe	Arbeiterzahl
Bamberg	1	158	Kulmbach	1	50
Barmen	4	800	Landeshut, Schl.	1	176
Berlin	4	415	Meerane	2	174
Braunschweig	1	10	München	1	11
Cassel	1	382	Reichskau	1	500
Chemnitz	1	76	Reigersdorf	1	81
Crimmitschau	1	251	Revißes	1	300
Delmenhorst	1	ja. 3000	Rürnberg	2	129
Glauchau	1	88	Släniß	1	36
Görlitz	1	70	Ostriß	1	873
Gronau	1	650	Plauen	1	10
Hannover-Döhren	1	ja. 1800	Ronneburg	1	200
Hof	1	50	Stettin	1	6

Es sind also nicht viele deutsche Textilarbeiter und -arbeiterinnen, welche die Wohltat eines Ferienurlaubs genießen. Voraussetzung für die Gewährung eines solchen ist, daß die Arbeiter vorher ununterbrochen eine Reihe von Jahren in dem Betrieb beschäftigt gewesen sind. Das ergibt sich aus folgender Tabelle. Es wird Urlaub gewährt nach:

1 Jahr in	3 Fällen	9 Jahren in	1 Falle
2 Jahren	3 "	10 "	4 Fällen
3 "	6 "	12 "	2 "
4 "	2 "	15 "	1 Falle
5 "	9 "	20 "	1 "
6 "	1 Falle	25 "	4 Fällen

22 Betriebe machten über die einschlägigen Verhältnisse keine Angaben. In einzelnen Betrieben ist die Urlaubszeit entsprechend der Dauer ununterbrochener Beschäftigung abgestuft. In Reigersdorf zum Beispiel werden nach zwei, vier, sechs, neun, zwölf- und fünfzehnjähriger Beschäftigung ein, zwei, drei, vier, fünf und sechs Tage Urlaub gewährt.

Was die Dauer des Urlaubs anbetrifft, so betrug er nach den vorliegenden Angaben:

1 Tag in 3 Fällen	4 Tage in 2 Fällen
2 Tage " 6 "	5 " " 1 "
3 " " 16 "	6 " " 21 "

In 3 Betrieben erhalten die Arbeiter 3 bis 10 Tage Urlaub, und in einem Falle steigt die Ferienzeit pro Jahr der Beschäftigungsdauer um einen Tag, bis zur Höchstgrenze von 6 Tagen. Eine Firma in Crimmitschau gewährt die Ferien in der Pfingstwoche und hat die Bestimmung über den Urlaub in der Fabriksparkassenordnung festgelegt. In Kulmbach fallen die Ferien in die Zeit der alljährlichen Kesselreinigung. Echt kapitalistisch ist die Humanität einer Firma in Barmen. Bei ihr müssen die im Sommer gewährten Ferien im Winter durch Verlängerung der Arbeitszeit am Sonnabendnachmittag wieder wettgemacht werden. Ganz willkürlich und regellos wird der Urlaub in Delmenhorst bewilligt. In Landeshut ist es einzig und allein die weltbekannte Firma Grünsfeld, Leinen- und Damastweberei, welche Ferien gewährt. In Reigersdorf wird der Urlaub nach dem Bibelwort bemessen: „Der Herr hat es gegeben, der Herr hat es genommen.“ Wer dort sechs Wochen an der Arbeit verhindert ist — auch durch Krankheit — verliert das Anrecht auf Ferien, und seine Beschäftigungsdauer wird wieder von vorn gerechnet; wer aber zum Urlaub berechtigt ist und ihn nicht nimmt, der erhält die Hälfte des „Urlaubslohnes“. Wie „freigebig“ doch das Unternehmertum ist! Bei einigen Firmen ist der Urlaub durch die Organisation erzwungen worden. In Hof erhalten nur die Meister der Spinnereien und Webereien Urlaub; dagegen in der Genossenschaftsweberei „Lipperts“ alle Arbeiter.

Auf die Frage, ob während der Ferien der Lohn weiterbezahlt wird, antwortet die Umfrage 30mal mit Ja! Je einmal beträgt die Bezahlung der Ferien für

männliche Arbeiter	weibliche Arbeiter
30 Mk. (nach 10 Jahren, für 6 Tage),	20 Mk. (nach 10 Jahren, für 6 Tage),
9 " (für 2 Tage),	6 " (für 2 Tage),
2,50 " (pro Tag für 4 Tage)	1,50 " (pro Tag für 4 Tage)

Pro Tag 5 Mk. (für 3 Tage),

" " 2 " (für 6 Tage)

und einmal $\frac{2}{3}$ des Lohnes (für 3 Tage).

Nur in drei Fällen von allen sind die Ferien durch Vereinbarungen festgelegt, in allen anderen haben sie den Charakter des freiwilligen Geschenkes, welches jederzeit wieder genommen werden kann, und auf welches der Arbeiter inselgedessen wohl kaum ein klagbares Recht haben dürfte. Allerdings ist in der Arbeitsordnung dreier Betriebe von Ferien die Rede.

Es ist also blutwenig, was die deutschen Textilarbeiter in betreff der Ferien an Erfolgen aufweisen können. Ehe sie größere Ertrungenschaften durchzusetzen vermögen, müssen sie ihren Kleinmut abschütteln, müssen sie sich klar darüber werden, daß sie es sind, die durch ihr emsiges, aufreibendes Mühen dem Unternehmertum Schätze und immerwährende Ferien schaffen; müssen sie sich die Millionen vergegenwärtigen, welche ein rücksichtsloses Unternehmertum aus ihnen herauspreßt; müssen sie erkennen, daß sie so gut Menschen sind wie die Progen, die sich „Arbeitgeber“ nennen; müssen sie durch festen Zusammenhalt beweisen, daß es ihnen Ernst mit ihren Ansprüchen an das Leben ist. Schließlich und vor allem müssen sie es fest, unverwundbar ihrem Bewußtsein einprägen, daß sie mittels einer starken Organisation erreichen können, was sie ernstlich erreichen wollen. An dem Ausbau dieser Organisation müssen alle mithelfen, die Ferien dringend bedürfen, Ferien, die nicht gleichbedeutend mit Entbehrungen und Hunger sind. Niemand hätte wohl solche Ferien so ehrlich verdient als die gesamte Textilarbeiterschaft. Wilhelm Büffel, Berlin.

Der Kampf gegen die Lebensmittelteuerung.

Rauh, rücksichtslos greift die Politik in das Leben der Frau, der politisch Rechtlosen. Diese Tatsache wird klärlieh erwiesen durch die nimmerweichende Lebensmittelteuerung. Nur ganz rückständige Frauen werden die Teuerung als „eine Schickung des Himmels“ betrachten; die anderen wissen, daß die volksausraubende Zoll- und Steuerpolitik des Reiches, daß in letzter Instanz die heutige Eigentumsordnung die Schuld an der Teuerung trägt. Sie sind sich deshalb auch klar darüber, daß die Ausplünderung der Konsumenten durch die Teuerung erst verschwinden wird mit der Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, daß wir also bei unserem Kampfe gegen die Teuerung den Kampf um unser Endziel nicht vergessen dürfen. Bei unserer Agitation kommt es vielmehr darauf an, unausgesetzt diesen Zusammenhang klarzulegen und die sozialistische Erkenntnis der Gesellschaftszustände den breiten Massen des Volkes einzuhämmern. Daneben gilt es aber auch mit aller Entschiedenheit Propaganda zu machen für jene Forderungen, die geeignet sind, schon innerhalb der kapitalistischen Ordnung der Dinge eine Vinderung der volkschädigenden Teuerung durchzusetzen. In diesem Sinne führt die Sozialdemokratie jetzt schon seit Wochen den Kampf gegen die Teuerung, und bei der Wahlbewegung wird er weiter eine Hauptrolle spielen. Wir denken in einer der nächsten Nummern der „Gleichheit“ noch einmal kurz alle jene Momente zusammenzufassen, die als lebensmittelverteuernd und kulturschädigend zusammenwirken. Für heute möchten wir einen kurzen Überblick geben über die seitherige Aktion gegen die Teuerung und über die Beteiligung der Frauen an ihr.

Da glauben wir ganz allgemein sagen zu dürfen, daß kaum je zuvor die Frauen sich in so starkem Maße an einer Protestbewegung beteiligt haben als diesmal. Ein Zeichen, wie tief die Erbitterung des Volkes ist ob der Zoll-, der Liebesgaben- und der Protektionspolitik des Reiches; aber auch ein

Zeichen von der zunehmenden politischen Erkenntnis und der Kampfesbereitschaft der Proletarierinnen. In den 78 Protestversammlungen Groß-Berlins bildeten die Frauen das Hauptkontingent der Besucher, und Frauen hatten in vielen Veranstaltungen das Referat übernommen. Sehr stark von Frauen besucht waren die 21 Versammlungen des Vierstädtekomplexes: Hamburg, Wandersbeck, Altona und Ottenfen; in fünf davon sprachen Genossinnen. Zahlreich besuchte Versammlungen fanden ferner in den meisten Orten Schleswig-Holsteins statt. In der überfüllten Versammlung zu Lübeck referierte unter jubelnder Zustimmung der Anwesenden Genossin Leu, die auch in einer ganzen Anzahl Versammlungen des Kreises Schleswig und in Mecklenburg das Referat erstattete.

In Hannover, Leipzig, Dresden, Riesa, Meissen, Zwickau und zahlreichen anderen sächsischen Städten füllten die Säle laum die erschienenen Besucher. Die Genossinnen Friedländer und Kaschewski hatten neben unseren sächsischen Genossinnen Referate übernommen. Genossin Weyl referierte in der starkbesuchten Versammlung zu Magdeburg. Im Reich-Weißenseker Kreis hatte gleichfalls die Genossin Weyl und im Bezirk Gisleben Genossin Friedländer eine Anzahl Referate übernommen. Sehr viele Versammlungen, die alle außerordentlich stark besucht waren, fanden statt in der Provinz Brandenburg, in Pommern und der Provinz Sachsen. In der überfüllten Versammlung in Halle referierte die Unterzeichnete, ebenso auch in Breslau, in Liegnitz, in Köln und Kreuznach, wo sich die Versammlungen eines sehr zahlreichen Besuchs von Frauen erfreuten. Vorwiegend Frauen waren in den Versammlungen erschienen, in denen die Unterzeichnete in Ludwigshafen, Frankenthal und Pirmasens referierte. In zirka dreißig weiteren starkbesuchten Versammlungen in der Pfalz referierte Genossin Kähler. Für Hessen-Nassau hatte die Genossin Zuchaz alle Versammlungen übernommen und für Hessen-Kassel Genossin Kaschewski.

Im Nordwestbezirk des Reiches, in Bremen und Nachbarschaft haben sehr viele Versammlungen stattgefunden, in denen die Genossinnen Vosse, Harder und Reize referierten. Genossin Reize hat außerdem im Altenburger Land in einer Reihe von Versammlungen die Teuerung behandelt, Genossin Reichert tat es in einem anderen Bezirk des Königreichs Sachsen. In starkbesuchten Versammlungen in Nürnberg und Fürth sprach Genossin Zetkin, und in Baden sind die Genossinnen Wackwitz, Bollmann und Blase als Rednerinnen über die Teuerung tätig gewesen. Im Bezirk Dresden und in Westfalen war Genossin Baumann unsere Rednerin. Von überallher ist die sehr zahlreiche Beteiligung der Frauen an der Protestbewegung gemeldet worden und ein guter organisatorischer Erfolg. 50 bis 60 Aufnahmen in einer Versammlung waren keine Seltenheit; in Pirmasens hatten wir die Freude, daß 104 Personen, meist Frauen, der Partei beitraten, in Ludwigshafen sogar 170.

So wirkt die Teuerung überall aufrüttelnd, führt uns Kämpferinnen zu, stärkt damit die Macht der Sozialdemokratie und schafft solcherart Vorbedingungen für unseren Aufstieg und unseren endgültigen Sieg. Zunächst hilft sie natürlich nicht wenig, unsere Aussichten auf Wahlerfolge zu mehren. Für unsere Genossinnen, die den Wunsch haben, auch den weiteren Verlauf des Wahlkampfes der Erweckung der Frauen mit nutzbar zu machen, sei auf Schriftchen beziehungsweise Flugblätter hingewiesen, die diesem Zwecke dienen. Im Leipziger Parteiverlag ist die kleine Broschüre erschienen: **Die Frauen und die Reichstagswahlen**, politisches Gespräch zwischen zwei Frauen von Luise Zieh. Für die Organisation wird sie bei größeren Bezügen für wenige Pfennige abgegeben. An die Genossinnen wendet sich die Schrift: **Die Frauen und der politische Kampf**, von Luise Zieh, herausgegeben vom Parteivorstand, Vorwärtsverlag. Sie kostet im Buchhandel 20 Pf., bei größeren Bezügen durch die Organisation jedoch nur 6½ Pf. Ferner sei die Aufmerksamkeit auf zwei Flugblätter gelenkt: **Teuerung und Hungersnot** und **Die Frauen und die**

Reichstagswahlen. Finanzschwache Kreise erhalten auf Antrag die Flugblätter unentgeltlich. Genossinnen, erneut an die Arbeit! Ruhet die Zeit! Wer Rat und Unterstützung bei seiner Arbeit wünscht, der wende sich an das **Frauenbureau, Lindenstraße 3, Berlin.** Für uns alle heißt es wie je: **Gemeinsame Arbeit, gemeinsamer Kampf, gemeinsamer Sieg!**
Luise Zieh.

Vom außerordentlichen italienischen Parteitag zu Modena.

Ministerialismus — Frauenstimmrecht — Krieg.

I. K. Fast wäre man zu der Behauptung berechtigt, daß Frauenstimmrecht Beach hat, insofern es sich um seine Behandlung auf den Parteitagen der italienischen Sozialisten handelt. Dringend wird von den Genossinnen und Genossen gewünscht, daß die Frage ihrer Bedeutung gemäß erörtert werde. Die inneren Parteiverhältnisse im vorigen Jahre, der hinzugekommene Raubzug Italiens nach Tripolis in diesem, gaben jedoch den beiden letzten Tagungen der sozialistischen Partei ihr Gepräge und wiesen ihnen solche wichtige Aufgaben zu, daß weder Zeit noch Energie übrig blieb für die Behandlung von Angelegenheiten, die außerhalb des Gebiets der heiß umstrittenen prinzipiellen und taktischen Fragen liegen.

Die Leserinnen der „Gleichheit“ erinnern sich wahrscheinlich, daß ein Referat der Genossin Kulischoff über das Frauenwahlrecht bereits auf der Tagesordnung des letzten Parteitags zu Mailand, im Oktober 1910, stand. Allein die Arbeitszeit des Kongresses wurde vollauf durch die Referate und Diskussionen über die allgemeine Richtung der Partei in Anspruch genommen. Die italienischen Parteitage finden nur alle zwei Jahre statt, ausnahmsweise sollte aber schon 1911 eine Beratung der Parteigenossen stattfinden, und ihr wurde die Behandlung des Frauenstimmrechts und anderer Fragen überwiesen. Dieser Beschluß läßt klar erkennen, daß es der italienischen Partei daran lag, die Frage des Frauenstimmrechts mit der ihr gebührenden Gründlichkeit zu erörtern. Es unterlag keinem Zweifel, daß ein Parteitag der italienischen Sozialisten ohne weiteres der Resolution für das allgemeine Frauenstimmrecht zustimmen würde. Allein im Interesse der Agitation, der Aufklärung der Massen und insbesondere des weiblichen Proletariats wäre eine ausgiebige Auseinandersetzung darüber nützlich, ja notwendig gewesen. Gerade darum auch wurde die Behandlung des Themas auf den außerordentlichen Parteitag verschoben. In der Zwischenzeit hat sich aber in der italienischen Partei und dem politischen Leben des Landes so viel Unerwartetes und Folgeschweres ereignet, daß das Hauptgewicht der Verhandlungen des außerordentlichen Parteitags nicht mehr auf den Fragen liegen konnte, um deren Entwillen seinerzeit seine Einberufung beschlossen worden war.

Wir begnügen uns mit einem Hinweis auf die äußeren Vorgänge, die ein grelles Licht auf die inneren Verhältnisse in der sozialistischen Partei Italiens werfen. Betonen müssen wir jedoch dabei im voraus, daß im Lande eine prinzipiell geschulte, sozialdemokratisch denkende und handelnde Arbeiterpartei als Mitstreiter des internationalen revolutionären Proletariats erst im Werden begriffen ist. Im März d. J. verbreitete sich das Gerücht, Genosse Bissolati sei vom Ministerpräsidenten Giolitti zum Eintritt in das Ministerium aufgefordert worden. Bissolati ist eines der ältesten und geschäftigsten Mitglieder der Partei, Parlamentsabgeordneter, und war kurz vorher noch leitender Redakteur des sozialistischen Zentralorgans. War das Gerücht schon an und für sich erstaunlich genug, so kamen noch Begleiterscheinungen hinzu, die die Sache immer verblüffender werden ließen. Die Partei mußte sich an den Gerüchten genügen lassen, denn Bissolati äußerte sich über seine Absichten weder zu der Parteiorganisation, der er angehört, noch zu der Fraktion, noch aber zu seinen Wählern. Auch der Parteivorstand erfuhr nur aus den Zeitungen und durch Gerüchte von der Angelegenheit. Bald darauf erreichten die Senationen ihren Gipfelpunkt. Es hieß, Bissolati sei vom König zu einer Besprechung eingeladen worden und habe der Einladung Folge geleistet, um mit dem Monarchen die allgemeine politische Lage und namentlich die Notwendigkeit des allgemeinen Wahlrechts zu erörtern. Das Gerücht beschäftigte sich, die Partei wurde vor die vollendete Tatsache gestellt. Alle bürgerlichen Parteien waren gespannt, was aus der Besprechung herauskommen werde; die Sozialisten warteten in ihrer großen Mehrheit mit leidenschaftlicher Erregung, wie Bissolati seine Zugehörigkeit zur revolutionären Ar-

beiterpartei, zu ihren demokratischen Grundfäden und ihrer eigenen demokratischen Verfassung und Disziplin mit seiner Handlungsweise vereinen werde. Da kam die nach allem überraschende Nachricht, Bissolati habe auf den Eintritt in das Ministerium verzichtet, nicht aber aus prinzipiellen Gründen, nicht aus Parteidisziplin, sondern aus einer persönlichen, nebensächlichen Erwägung: aus seinem Widerwillen gegen alles Zeremonielle und Äußerliche, gegen das Tragen einer Uniform.

Damit war dem Außergewöhnlichen die Krone aufgesetzt. In jenem Augenblick aber konnte man die Partei als Ganzes oder den Parteivorstand oder auch die Fraktion für Bissolatis Verhalten nicht mitverantwortlich machen. Das Parteiorgan „Avanti“, wie auch die meisten Parteiblätter hoben hervor, daß es sich um eine rein persönliche Angelegenheit und Auffassung handle, mit der die Partei als solche nichts zu tun habe. Es sei hinzugefügt, daß Bissolati offen genug gezeigt hatte, daß er nicht mehr an die Existenzberechtigung der sozialistischen Partei glaubt. Das aber nicht nur durch seine theoretischen Meinungen und die von ihm aus ihrer Grundlage befürwortete Taktik, sondern auch durch ein nicht umzudeutendes Wort auf dem Mailänder Parteitag. Hier hatte er die Sozialistische Partei als „dürren Ast“ bezeichnet. Logischerweise fühlt er sich auch nicht mehr durch die Prinzipien und die Disziplin der Partei gebunden. Daß er trotzdem Mitglied und Parlamentsabgeordneter der Partei bleibt, wird den deutschen Genosseninnen unverständlich erscheinen. Der Widerspruch erklärt sich dadurch, daß in der italienischen Partei große Unklarheit in prinzipiellen und taktischen Fragen herrscht, deren Hauptgrund die Rückständigkeit der wirtschaftlichen Verhältnisse und damit die noch unreife Erkenntnis der Massen ist. Dazu kommt der Mangel einer strammen Organisation und Disziplin. Darum gewinnt das Gefühl oft die Oberhand über den Verstand, der augenblickliche Erfolg über das allgemeine Ziel, das Persönliche über das Prinzipielle, das Meinen des einzelnen über die Auffassung, den Willen der Gesamtheit.

Auch das Verhalten der Fraktion beweist das: sie ernannte Genossen Bissolati zu ihrem offiziellen Redner gerade in der Frage, in der sein Auftreten so peinliches Aussehen und so große Mißstimmung in der Parteiorganisation hervorgerufen hatte. Das war unerhört und machte die Einberufung eines Parteitags zur Notwendigkeit. Die Genossen verlangten Rechenschaft von der Fraktion, denn nun handelte es sich nicht mehr um eine rein persönliche Angelegenheit. Viele Parteiorganisationen warfen die Frage auf, ob sie angesichts solcher Vorgänge überhaupt noch in der Partei bleiben könnten. Die linksstehenden Organisationen und Genossen gründeten eine eigene Fraktion und ein Wochenblatt. Sie stellten sich auf den Boden der Auffassung, daß die Frage absolut verneint werden müsse, ob ein Sozialist der Regierung angehören und ob die Parlamentsfraktion für ein Ministerium stimmen dürfe. Während der Streit der Meinungen hin und her wogte, begann die Regierung den Raubzug nach Tripolis. Das war eine Probe aufs Exempel, stark und klar genug, auch den ältesten „Reformisten“ wie Turati zu zeigen, in welche Lage und Verantwortlichkeit die Partei geraten kann und muß, wenn sie sich grundsätzlich auf die Unterstützung eines Ministeriums festlegt. Bezeichnenderweise fand auf dem Parteitag zu Modena der Eintritt eines Sozialisten in ein Ministerium keinen einzigen Befürworter. Die Genossen auf der äußersten Rechten ließen es an dem Versuche des Nachweises genug sein, daß trotz des Tripoliskraubzugs das Ministerium Giolitti von den Sozialisten unterstützt werden müsse, da unter ihm Aussichten auf die Einführung des allgemeinen Wahlrechts vorhanden seien. Jedoch nur 1954 gegen 20000 Stimmen bekamen sich zu dieser Auffassung. Ein größeres Fiasko für den Reformismus hätte kein Gegner prophezeien können, ebensowenig wie den großen Zuwachs der radikalen Stimmen. Im Interesse unserer Partei ist zu wünschen, daß die Mitglieder des radikalen Flügels an theoretischer Klarheit gewinnen, damit der Sieg ihrer Richtung immer mehr und bewußter in Wort und Tat zum Siege des Klassenbewußtseins revolutionären und disziplinierten Proletariats über Utopisterei und Kleinbürgerei, über den Reformismus werde.

Daß die Diskussion über die kurz geschilderten Verhältnisse viel Zeit kostete, ist selbstverständlich. Auf Antrag der anwesenden Genossinnen wurde deshalb eine Abänderung der Tagesordnung beschlossen, damit sofort nach der Erledigung der Hauptfrage das Frauenwahlrecht behandelt werden konnte. Da Genossin Kulischoff leider durch Krankheit ferngehalten wurde, referierte Genossin Altobelli kurz über das Frauenwahlrecht. Sie beklagte es, daß viele Delegierte sich wegen der vorgeschrittenen Zeit nicht mehr an der Diskussion beteiligen konnten, sie hätten sich gezwungen gesehen, Modena schon zu verlassen. Bei der Begründung der Resolution — ihre Grundlinien hat bereits der Gewerkschafts-

Kongress zu Padua gutgeheißen — hob Genossin Altobelli hervor, wie wichtig es für die allgemeine Arbeiterbewegung ist, daß auch die Frau ihre politische Überzeugung betätigen kann. Sie forderte die Parteigenossen eindringlich auf, stets ihrer Pflicht eingedenk zu sein, die Frauen aufzuklären, zu organisieren und für die Mitarbeit im politischen und öffentlichen Leben zu schulen. Genossin Malnati, die Mailands sozialistische Frauenorganisation vertrat, betonte die Notwendigkeit, die Agitation unter dem weiblichen Proletariat planmäßiger als bisher zu betreiben. Ein Vertreter der Textilarbeiter führte aus, daß der Kampf für das Frauenwahlrecht und der richtige Gebrauch des Frauenwahlrechts die Verkürzung der Arbeitszeit der weiblichen Erwerbstätigen notwendig mache. Bei der langen Arbeitszeit und den Familien- und Haushaltspflichten werde es für die Proletarierin sehr erschwert, ja unmöglich, den politischen Versammlungen beizuwohnen. Genosse Reina, Sekretär der Hutmachergewerkschaft, beantragte, daß die Partei selbst die Herausgabe eines Organs für die sozialistischen Frauen in die Hand nehme, welches die seitlich von privater Seite geschaffenen sozialistischen Frauenblätter ablöse. Die Genossen Turati, Vazzari und Vetti steuerten noch einige Ausführungen zu der Diskussion hinzu, worauf die nachstehende Resolution per Akklamation angenommen wurde:

„Angesichts der stets wachsenden Zahl der Frauen, die in der Industrie, der Landwirtschaft, im Handel und in öffentlichen Ämtern erwerbstätig sind; angesichts der niedrigen Wertung der weiblichen Arbeitskraft, eine Wertung, die zu den wichtigsten Ursachen der niedrigen Löhne des männlichen Proletariats gehört; angesichts der Tatsache, daß ohne die Beteiligung der Millionen erwerbstätiger Frauen am Klassenkampf der Widerstand des männlichen organisierten Proletariats gegen die kapitalistische Ausbeutung durch die Konkurrenz der unorganisierten weiblichen Arbeitskräfte gelähmt wird: erkennt es die Sozialistische Partei als eine hohe Pflicht, die Arbeiterinnen zu organisieren, entweder in gemischten oder in besonderen Frauenorganisationen, je nachdem es sich um Industriezweige handelt, wo Arbeiter und Arbeiterinnen gemeinschaftlich oder Arbeiterinnen allein erwerbstätig sind, und nimmt sich vor, eine Enquete über die Heimarbeit zu veranstalten zwecks Einführung eines gesetzlichen Lohnminimums.“

In Erwägung, daß die Großindustrie das soziale Leben umgestaltet, die Frau dem häuslichen Herde entreißt und zur produktiven Arbeiterin macht, deren Tätigkeitsfeld aus dem Heim in die Fabrik verlegt wird; in Erwägung, daß diesem Wandel entsprechend der Frau neue Rechte und neue Pflichten zufallen, die den Rechten und Pflichten gleich sind, die der Klassenkampf dem männlichen Proletariat zuweist; in Erwägung, daß der Klassenkampf zur Organisation des Proletariats als politische Klassenpartei führt, zum Ringen um politische und wirtschaftliche Reformen, die den Weg für die Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise und die Befreiung der Arbeiterklasse ebnen helfen: betont die Sozialistische Partei, daß auch die Arbeiterinnen, deren Rechte den Rechten der Arbeiter gleich sind, die Pflicht haben, an den politischen Kämpfen teilzunehmen. Sie anerkennt den Anspruch der Frau auf das politische und kommunale Wahlrecht und verpflichtet sich, das Frauenwahlrecht ebenso energisch wie das Männerwahlrecht zu fordern und die Arbeiterinnen — die besonderen Opfer des Kapitalismus — anzuspornen zum Kampfe an der Seite des männlichen Proletariats für die gemeinsame Verteidigung ihres Lebens, ihrer Rechte, ihrer Nachkommenschaft. Sie beauftragt die Abgeordneten der Partei, das oben erwähnte Recht von nun an im Parlament zu vertreten und zwar bei der in kurzem bevorstehenden Diskussion über die Wahlrechtsreform, und lediglich als Vorstufe zur Erreichung des allgemeinen politischen Frauenwahlrechts zunächst für alle Frauen das Wahlrecht zu den Verwaltungskörperschaften zu fordern. Sie erklärt, daß ein jeder Versuch, das Frauenwahlrecht nur bestimmten Kategorien und Ständen zu verleihen, auf den energichsten Widerstand der Partei im Parlament und im ganzen Lande stoßen wird, da die Partei in einem solchen Versuch einen Angriff auf die politischen Rechte der gesamten Arbeiterklasse erblickt.“

Unvollständig wäre jeder auch noch so summarische Überblick über den Parteitag, wenn dessen energische Stellungnahme gegen den Krieg nicht hervorgehoben würde. Der Parteitag wurde damit eröffnet, daß ihm der Parteivorstand eine Resolution gegen den Raubzug nach Tripolis vorlegte. Sie ward unter stürmischem Beifall angenommen und lautet: „Der Kongress erhebt feierlichen Einspruch gegen die internationale Politik, die, unter Ausschluß und Prägung der Volksvertretung, das Land zu kolonialen Anschlägen und militärischen Expeditionen führt. Indem er seiner Genehmigung für die energische Protestaktion Ausdruck gibt, die Gewerkschaften und Partei in der Form des Generalstreiks durchgeführt

haben, betont der Kongress die bedingungslose Ablehnung des Krieges durch die Partei und durch das organisierte Proletariat; entbietet den türkischen Sozialisten seinen brüderlichen Gruß in dieser Stunde, in der die Sozialisten der ganzen Welt einstimmig ein Vorgehen verwerfen, das für die Systeme und Methoden der Bourgeoisie charakteristisch ist, und gibt schließlich der Hoffnung Ausdruck, daß die fortschreitende Verbreitung der sozialistischen Überzeugung und Idealität auch die internationalen Fragen einer Lösung im Sinne der menschlichen Solidarität entgegenführen möge."

Vom Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie war folgendes Telegramm eingegangen: „Dem in Modena versammelten Parteitag der italienischen Sozialdemokratie senden wir herzliche Grüße und wünschen seinen Arbeiten den besten Erfolg. Im Kampfe gegen den die Völker verwüstenden Imperialismus lautet der Schlachtruf des klassenbewußten Proletariats: es lebe der internationale Sozialismus!“ In begeisterter, feierlicher Stimmung ward das Telegramm verlesen. Die einzelnen Fraktionen vergaßen, was sie voneinander scheidet, sie fühlten sich als die eine große Kampfpartei gegen die ganze bürgerliche Welt. Die Delegierten erhoben sich von ihren Sitzen, um dem Endziel des internationalen klassenbewußten Proletariats zuzujubeln. Die hohe Bedeutung dieser elementaren Demonstration wird auch den bürgerlichen Schichten nicht entgangen sein, die in Chauvinismus schwelgen. Möge ein Wiederhall dieser Kundgebung auch bis zu den Frauen des Volkes dringen. Noch belunden sie in dieser schweren Zeit nur durch Tränen und Verzweiflungsausbrüche ihren Schmerz über die Abfahrt ihrer Männer und Söhne nach Tripolis, ihre Empörung über den Krieg. Es muß ihnen die Erkenntnis werden, daß die Ausbeutung und Herrschaft der besitzenden Klassen ihr bitteres Los verschuldet, und daß nur der Klassenkampf der ausgebeuteten Massen dem Rüstungs- und Kriegswahnsinn Halt zu gebieten vermag.

Der Parteitag gedachte mit tiefer Entrüstung der niedergemetelten Opfer der polizeilichen Brutalität in Langhierno während der Protestbewegung gegen den Krieg. Unter ihnen befinden sich auch zwei proletarische Kämpferinnen, von denen die eine hochschwanger war. Noch immer hat die Frau nur das „Recht“, für ihre Überzeugung von den Herrschenden gemordet zu werden, jedoch das Recht fehlt ihr, politisch gerichtet als Staatsbürgerin zu kämpfen. Wer denkt dabei nicht an das Wort Olympe de Gouges: „Wenn die Frau das Recht hat, die Guillotine zu besteigen, hat sie auch das Recht, die Tribüne zu besteigen!“ Angelika Balabanoff.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Im **Lugan-Deisnicher Kohlengebiet** hielt der Bergarbeiterverband vom 1. bis 9. Oktober Versammlungen ab, in denen die Unterzeichnete über die „Lebensmittelsteuerung“ referierte und den Frauen vorlegte, welches Interesse sie an der Organisation ihrer Männer haben. Alle Versammlungen waren überfüllt und verliefen sehr gut. In großer Zahl nahmen Frauen an ihnen teil. Das genannte Thema stand auch auf der Tagesordnung einer Volksversammlung in **Gruben** bei Meissen, die einen großartigen Verlauf nahm. In diesem ländlichen Bezirk hatte die Veranstaltung auch Gegner angezogen, und zwar solche, die am Biertisch weiblich über die Sozialdemokraten schimpfen, wenn diese es nicht hören. In der Versammlung meldete sich keiner dieser Herren zum Wort, trotzdem der Vorsitzende Redefreiheit zusicherte. Eine Resolution im Sinne des Vortrags fand einstimmige Annahme. Für den **Sau Dresden** des Holzarbeiterverbandes ersetzte die Unterzeichnete das gleiche Referat in sehr gut besuchten Versammlungen zu **Deutschneudorf**, **Lochmühle** und **Marienberg**. In **Schönheide** im Erzgebirge hielt der deutsche und in **Markersdorf** in Böhmen der österreichische Holzarbeiterverband je eine Volksversammlung ab. In den letzten Jahren bewirkten verschiedene Umstände, daß alle Versammlungen in Schönheide zu wünschen übrig ließen, die letzte aber war außerordentlich stark besucht, 500 Personen nahmen an ihr teil. Es erfolgte in ihr nebenbei auch eine Abrechnung mit dem „Schönheider Wochenblatt“, das in der schmutzigsten Weise gegen die Sozialdemokratie und den Holzarbeiterverband kämpft. Die an anderer Stelle so redelustigen Gegner schwiegen auch hier. Die Veranstaltung in **Markersdorf-Gräßlich** wurde von österreichischen Genossen geleitet. Sie forderten die Anwesenden zum Zusammenschluß und zum solidarischen Handeln auf und betonten, daß in Österreich wie in Deutschland das Volk durch Hungersnot und Kriegsgefahr bedroht wird, und daß seine Einigkeit der festeste Schutzwall gegen beide Gefahren ist. Die Versammlungen haben bewiesen, daß die Zoll- und Steuerpolitik der herrschenden Klassen Wasser auf unsere Mühlen treibt.

Marie Wackwitz.

Zu einem wichtigen Protest gegen den Lebensmittelwucher gestalteten sich die Versammlungen, die die Parteileitung des **siebten sächsischen Reichstagswahlkreises** in der Zeit vom 15. bis 25. Oktober in **Kobuschütz**, **Meißen**, **Brockwitz**, **Weinböhlen**, **Grödel**, **Weida**, **Okrilla**, **Großenhain**, **Merschwitz** und **Miltitz** veranstaltete. In allen Versammlungen sprach die Unterzeichnete über „Die Lebensmittelsteuerung und ihre Ursachen“. Die tätigen Genossen und Genossinnen hatten allerorts tüchtige Vorarbeiten geleistet, und der Besuch der Versammlungen war deshalb sehr gut. In Meißen und den umliegenden Ortschaften, in denen die Industrie vorherrscht und zahlreiche Frauen in den Fabriken arbeiten müssen, waren besonders viel Arbeiterinnen unserem Rufe gefolgt. Der Hunger und die Empörung haben sie erweckt, so daß sie in Scharen zu den Versammlungen strömten. Aber auch in den rein ländlichen Orten, wie in Miltitz und Merschwitz, waren außer den Männern zahlreiche Frauen erschienen. Das ist erklärlich, denn auf dem Lande machen sich die verheerenden Folgen der Lebensmittelsteuerung ebenso bemerkbar wie in der Stadt. Das Elend ist besonders in Merschwitz groß, wo die meisten Frauen und Männer für den Gutbesitzer arbeiten müssen. Dieser „notleidende Agrarier“ sorgt eifrig dafür, daß seinen Lohnsklaven die „Kompostschüssel“ nicht überläuft. Die für ihn strotzenden Männer bekommen bei 13- bis 14 stündiger Arbeitszeit den fürstlichen Lohn von **1,80 bis 2 Mk.** pro Tag. Zum Schaden noch den Spott! Zynisch-brutal hat der „gnädige“ Herr erklärt, **es würde noch so weit kommen, daß die Arbeiter Schuhsohlen essen müßten, die wären noch gut genug für sie.** Auf diese Gemeinheit werden die Arbeiter hoffentlich bei der nächsten Gelegenheit die richtige Antwort geben. Wie wär's aber, wenn der Herr es inzwischen einmal mit den Schuhsohlen versuchte? In allen Versammlungen folgten die Zuhörer mit großer Aufmerksamkeit dem Vortrag. Überall machte sich heftige Erbitterung über die Ausplünderungspolitik der herrschenden Klassen geltend. Kein Zweifel, daß die Arbeiter dafür den bürgerlichen Parteien bei den Wahlen die richtige Quittung ausstellen. Dem Verdienst seine Krone. 273 Mitglieder wurden bei diesen Versammlungen für unsere Partei gewonnen. Hoffen wir, daß sie sich als treue, tätige Mitglieder bewähren und ihre ganze Kraft einsetzen, am 12. Januar den sächsischen Reichstagswahlkreis der Reaktion zu entreißen. **Margarete Kaschewski.**

Die Leitung des Wahlkreises **Merseburg-Querfurt** berief in **Raßnitz**, **Modelwitz**, **Hänichen**, **Merseburg** und **Keuschberg** Volks- und Frauerversammlungen ein, in denen Genossin **Bach-Weißensfels** über das Thema sprach: **„Kriegsbeute und Hungersnot“.** Der Besuch der Versammlungen war sehr gut. Gespannt folgten die Anwesenden den Ausführungen der Rednerin, die aus ihren Darlegungen die Schlussfolgerung zog, daß sich alle Arbeiter und Arbeiterinnen politisch und gewerkschaftlich organisieren und bei den kommenden Reichstagswahlen kräftig für die Vertreter der Sozialdemokratie agitieren müssen, wenn sie der Kriegsgefahr und der Hungersnot entgegenwirken, wenn sie ihre Lage verbessern wollen. Regierung und bürgerliche Parteien müssen von den Massen die Abrechnung über ihre Politik und ihre anderen Schandtaten erhalten. Überall wurden neue Parteimitglieder gewonnen, in **Raßnitz** die ersten weiblichen. Möge es den vereinten Anstrengungen der Genossen und Genossinnen gelingen, die proletarische Frauenbewegung auch in diesem Wahlkreis immer fester einzubürgern. eb.

Der Berliner Jugendausschuß ein politischer Verein, diese Entdeckung ist das neueste Blatt, das Herr v. Jagow seinem Ruhmeskranz im Kampfe gegen die Arbeiterjugend eingeflochten hat. Zwar hatte der Polizeigewaltige von Berlin schon vor einem Jahre die Arbeiterjugendbewegung durch Auflösung der freien Jugendorganisation totschlagen wollen, aber trotzdem schien sie ihm doch noch nicht tot genug. Er rückte darum jetzt dem Jugendausschuß von Groß-Berlin auf den Leib. Nun, da es ihm gelungen ist, auch diesem den Garauß zu machen, kann's ja nicht fehlen, nun muß die Berliner Arbeiterjugendbewegung wirklich mausetot sein!

Vor einem Jahre ungefähr forderte Herr v. Jagow den Vorsitzenden des Berliner Jugendausschusses, Genossen **Dr. Rosenfeld**, auf, die Satzungen und das Mitgliederverzeichnis dieser Körperschaft einzureichen, da der Jugendausschuß für Groß-Berlin als Verein im Sinne des § 3 des Reichsvereinsgesetzes anzusehen sei. An und für sich ist der Jugendausschuß überhaupt kein Verein im Sinne des Vereinsgesetzes, außerdem besagt § 3 ausdrücklich: „Jeder Verein, der eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt, muß einen Vorstand und eine Satzung haben usw.“ Da beide Voraussetzungen auf den Jugendausschuß nicht zutrafen, dem Jugendausschuß jede Einwirkung auf politische Angelegenheiten fernliegt, unter 18 Jahre alte Personen ihm nicht angehören,

so lag nicht die geringste Veranlassung vor, dem Verlangen des Polizeipräsidenten stattzugeben. Aber das Landgericht dachte anders und entschied, daß der Jugendausschuß ein politischer Verein sei. Maßgebend für dieses Urteil waren die Verhandlungen über die Jugend auf dem Nürnberger Parteitag, wo klar und deutlich die Erziehung der Jugend zu Klassenkämpfern als Ziel der proletarischen Jugendbewegung hingestellt worden sei. Und die blasse Furcht vor dem Anwachsen der Zukunftarmee von Klassenkämpfern hat auch das preußische Kammergericht bestimmt, entgegen den deutlichen Bestimmungen des § 3 das Urteil des Landgerichts zu bestätigen und die Revision des Genossen Rosenfeld kostenpflichtig abzuweisen.

In dem § 3 des Reichsvereinsgesetzes wird der Begriff: Einwirkung auf politische Angelegenheiten ausdrücklich dahin klargestellt, daß eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten nicht vorliegt bei der bloßen Erörterung solcher Angelegenheiten, sondern erst bei einer unmittelbaren Einwirkung darauf. Und zwar ist es notwendig, daß diese Angelegenheit „als solche unmittelbar den Staat, seine Gesetzgebung oder Verwaltung berührt, seine Organe und Funktionen in Bewegung setzt“. Ebenso wenig wie das Landgericht, konnte das Kammergericht die Tatsache der unmittelbaren Einwirkung des Jugendausschusses auf den Staat usw. feststellen. Doch dem Vorsitzenden dieses hohen preußischen Gerichtes blieb es vorbehalten, jeder Logik ins Gesicht zu schlagen. Wenn der Jugendausschuß auf staatliche Einrichtungen auch nicht unmittelbar einwirkt — so argumentierte dieser Mann, der weiß, was seines Amtes ist —, so tritt doch seine Absicht klar zutage, dies in der Zukunft zu tun, und zwar durch seine Art der Erziehung der Proletarierjugend. Es liegt somit eine direkte Einwirkung auf die Zukunft vor. Nur preußischer Justizgeist konnte diese glorreiche Entdeckung der „direkten Einwirkung auf die Zukunft“ machen, der gesunde Menschenverstand hatte sich bis jetzt damit begnügen müssen, nur auf die Gegenwart direkt einwirken zu können. Aber der Staat der besitzenden Klassen hat seinen Zweck erreicht, oder seine offiziellen Beauftragten glauben wenigstens, ihn erreicht zu haben. Ist der Jugendausschuß ein politischer Verein, so sind seine Veranstaltungen ebenfalls politisch, und Jugendliche unter 18 Jahren dürfen nicht daran teilnehmen. Der Klassenstaat wähnt, mit seiner Wüttelei und Juristerei die freiheitliche Entwicklung der Arbeiterjugend zu erdroffeln. Die Arbeiterklasse zieht indessen aus jedem Kampfe neue Kräfte, stärkt ihren Widerstand und gewinnt die Macht, die feindlichen Gewalten schließlich doch siegreich zu überwinden. M. W.

Politische Rundschau.

Das wichtigste Ereignis der letzten zwei Wochen auf dem Gebiet der inneren Politik, die Marokkodebatte des Reichstags, wird seiner Bedeutung entsprechend im Leitartikel dieser Nummer behandelt. Hier wollen wir nur die Folgen der Vorgänge einer Betrachtung unterziehen. Sie sind schon heute mit aller Deutlichkeit zu erkennen. Am bedeutungsvollsten ist der gewaltige Anstoß, den der Militarismus bekommen hat. Daß eine Flottenvorlage kommen wird, wagt jetzt niemand mehr zu bestreiten. Noch im September versuchten konservative und offiziöse Blätter zu leugnen, daß die Rede des Kaisers in Hamburg die Ankündigung neuer Forderungen für die Verstärkung der Flotte sei. Man wollte die Wähler nicht mit der Aussicht auf neue gewaltige Ausgaben vor den Kopf stoßen — ein Schlachtschiff kostet 50 Millionen Mark, und die Zahl der neu zu fordernden Schiffe wird auch nicht klein sein. Jetzt aber steht die Sache so, daß die Nationalliberalen und die Konservativen gerade das Rüstungsgeschrei zur Wahlparole machen wollen. Dem Guten muß alles zum Besten dienen, und wie jammervoll auch der Marokkohanndel für das deutsche Bürgertum ausgegangen ist, so gedenken jene Parteien doch eben diesen elenden Ausgang zum Zugmittel zu machen, das den Spießbürger für die „nationale Sache“ an die Wahlurne bringen soll. Das lägliche Ergebnis der deutschen Weltmachtspolitik soll als Beweis dafür herhalten, daß die deutsche Wafferrüstung bislang unzureichend ist. Das Gezeir über die Benachteiligung und die Schmach, die Deutschland bei dem marokkanischen Abenteuer durch Frankreich und England erlitten habe, soll die patriotischen Gefühle der Wähler erregen und dem Geschrei nach Heer- und Flottenverstärkung im Volke Widerhall verschaffen. Man hofft, die nationalistische Begeisterung werde alle Erwägungen über die Kosten und Lasten der neuen Forderungen ersticken. Vor allem aber glaubt man, auf diese Weise die Massen in lodernde Entrüstung wider die Sozialdemokratie versetzen zu können, die die Welt- und Kolonialpolitik und die Kriegsscheße bis auf

äußerste bekämpfend, auch dem neuen Rüstungswahnsinn zähesten Widerstand entgegensetzen wird. Es ist freilich ein verzweifelltes Mittel, bei dem alles auf eine Karte gesetzt wird, um dem Bankrott zu entgehen, den Ruf nach Verstärkung der Rüstungen zur Lösung des Wahlkampfes zu machen. Denn die Erfahrungen der Reichsfinanzreform, die sie am eigenen Leibe verspüren, haben doch große Scharen von Wählern zum Nachdenken gebracht. Ihnen wird die Frage der Deckung der neuen Ausgaben nicht so ganz gleichgültig sein; wenig Eindruck wird auf sie die Beteuerung Heydenbrands gemacht haben, daß die Konservativen zu Opfern für das Vaterland bereit seien. Wie sie schließlich auch nicht vergessen werden, daß auch die Nationalliberalen und Fortschrittler trotz allem großen Geschrei über die ungerechte Steuerermache der Konservativen und des Zentrums durchaus entschlossen waren, diese ungerechte Besteuerung der Nichtbesitzenden zu vier Fünfteln zu bewilligen. Und die unumgänglichen Folgen der Rüstungs- und Weltpolitik: die stets drohende Gefahr des Weltkriegs, die Zerrüttung der Finanzen, die Last neuer Steuern sind gerade nicht dazu angetan, die Wähler zu begeistern. So ist die Rüstungslösung eine zweischneidige Waffe, die den Parteien, die sich auf sie stützen wollen, böse Bunden zufügen kann. Doch sie hoffen in ihrer Verzweiflung, durch die „nationale“ Pause das deutsche Volk noch einmal in den Taumel zu versetzen, in dem die Kälber begeistert den eigenen Mehger wählen.

Das Zentrum hat sich hierbei bislang etwas zurückgehalten. Zimmerlin, der eine der Zentrumsredner im Reichstag, Herr Gröber, tat zwar noch so, als mißbillige er die Aufforderungen der Heydenbrand und Wassermann zu neuen Rüstungen, erklärte aber dann, das Zentrum warte ruhig, bis die sachverständige Regierung selbst fordert. Einige Zentrumsabgeordnete haben zudem in Versammlungen so kräftig ins alldeutsche Horn gestossen, wie es ein Nationalliberaler nicht schöner hätte tun können. Und die „Königliche Volkszeitung“ hatte bereits vor der Gröberischen Rede ganz trocken erklärt, daß das Ergebnis des Marokkohanndels eine neue Flottenvorlage sein werde. Das Zentrum wird übrigens schon als Regierungspartei und Bundesgenosse der Junker den Anschluß an die Rüstungslösung nicht verpassen. Und auch der Fortschritt bringt seit den Tagen des liberal-konservativen Blocks den Mut zum Widerstand gegen solch eine „nationale“ Forderung nicht mehr auf. Die Sozialdemokratie wird daher im Kampfe gegen die imperialistische Politik ganz allein stehen, und gerade das ist's, worauf die Junker rechnen. Sie hoffen den Liberalismus schließlich doch noch völlig auf ihre Seite zu bekommen, wenn der patriotische Kummel nur seine Schuldigkeit tut.

Die Regierung wird sich natürlich beeilen, sich diese nationalistische Strömung zunutze zu machen. Sie wird im kommenden Reichstag schon mit großen Rüstungsvorlagen herausrücken. Und nicht nur Flotten, sondern auch Heeresverstärkung wird sie fordern. Das zeigt mit voller Deutlichkeit die lebhafteste Tätigkeit, die zurzeit allerlei schriftstellernde Generale z. D. und a. D. in der Presse entfalten. Sie machen Stimmung für eine neue Militärvorlage, zeigen die „Lücken“ der Armee auf und versichern, daß das letzte Quinquennat ganz unzureichend war und die Militärverwaltung durchaus nicht befriedigte. Jetzt müsse eine „großzügige“ Vorlage kommen.

Außer dem gesteigerten Rüstungswahnsinn wird das Marokkoadventure zur Folge haben — keine Verfassungsreform. In der Hitze des Gefechts und dem ersten Arger über die läglichen Leistungen des persönlichen Regiments in dieser Sache haben die Nationalliberalen wohl mit einer Revision der Verfassung, mit Forderungen auf Erweiterung der Rechte der Volksvertretung gedroht. Abgesehen von diesen Forderungen ist schließlich ein winziger Happen, das Verlangen, daß der Reichstag künftig beim Erwerb und bei der Verschacherung von Kolonien mitbestimmen soll. Alle weitergehenden Forderungen der Sozialdemokratie, die die Maulaufreißer beim Worte nahm, wurden in der Budgetkommission abgelehnt. Bezeichnenderweise waren es gerade die Fortschrittler in Verbindung mit dem Zentrum, die den obigen harmlosen Antrag einbrachten. Die Regierung konnte großmütiges Entgegenkommen zeigen, ohne sich in große Unkosten zu stürzen, worauf natürlich auch die Nationalliberalen befriedigt waren. So konnte die Regierung mit einem winzigen Zugeständnis einer ernsteren Bewegung des Bürgertums gegen das persönliche Regiment vorbeugen. Ebenso wenig aber wird der Marokkohanndel einen Konflikt zwischen Junkern und Regierung zur Folge haben. Wer darüber jubelt, daß das Auftreten Bethmanns gegen Heydenbrand idyllischen Zwist zwischen Krone und Junkertum geschaffen habe, der verkennt das Verhältnis zwischen diesen beiden gänzlich. Die beiden Mächte sind, wenn anders sie Mächte sein wollen, aufeinander angewiesen. Die

Junker denken aber auch gar nicht daran, jetzt vor den Wahlen, wo sie die Regierungshilfe so nötig haben, wo sie sich für die Agitation im Lande draußen mit dem Glorienschein der unbedingten Königstreue umkleiden müssen, an der Person Bethmanns Rache zu nehmen. Sie steden unter gemäßigtem Widerspruch die Prügel ein, die er ihnen verabreichte als getreuer Laſai seines Herrn. Wilhelm II. hatte die tölpische öffentliche Auflehnung seines Sohnes gegen seine Regierungsweisheit offenbar arg erbittert. Die Junker verschieben ihre Rache, die allein Bethmann treffen wird, auf gelegener Zeit. Vorläufig brauchen sie den überagrarisches Kanzler viel zu sehr, als daß sie ihn weichen möchten.

Der Kampf gegen die freie Jugendbewegung ist in ein neues Stadium getreten. Das Kammergericht zu Berlin hat als höchste Instanz den Jugendausschuß von Groß-Berlin für einen politischen Verein erklärt. Die Polizei beabsichtigt offenbar alle Veranstaltungen des Ausschusses für solche des politischen Vereins zu erklären, um den Jugendlichen die Beteiligung daran zu verbieten. Zugleich werden trotz des entgegenstehenden Reichsgerichtsurteils die Turnvereine von Arbeiterturnvereinen in Preußen in Strafe genommen, wenn sie ohne Erlaubnis der Behörden Turnunterricht an Jugendliche erteilen. Diese Verfolgungen können die freie Jugendbewegung auf die Dauer doch nicht aufhalten.

Bei den Landtagswahlen in Hessen hat die Sozialdemokratie trotz des verschandelten Wahlergebnisses — Zusammenfassung für Fünfzigjährige, Aufenthalts- und Steuererläutungen — schöne Erfolge erzielt. Auch bei den Stadtverordnetenwahlen in Berlin, Charlottenburg und vielen anderen Städten und Landgemeinden hat die Partei prächtige Siege zu verzeichnen.

Der bayerische Landtag wurde im Verlauf eines Zwistes zwischen Regierung und Zentrum aufgelöst.

Die Nationalratswahlen in der Schweiz haben die sozialdemokratische Fraktion um 9 Köpfe, von 6 auf 15, verstärkt.

Italien, das wenige Kilometer Küstenlandes nur noch mit Hilfe seiner Schiffskanonen in Besitz hält, hat die Annexion von Tripolis ausgesprochen. Seine Soldaten, die von den Türken und Arabern in den Küstenstädten förmlich belagert sind, verbreiten die Zivilisation, indem sie empörende Greuel gegen Wehrlose, Frauen und Kinder begehen.

Die chinesische Revolution gewinnt immer mehr an Boden. Die südlichen Provinzen sind größtenteils in der Hand der Revolutionäre und haben eine republikanische Regierung eingesetzt. Auch im Norden kann sich die Mandschudynastie nicht mehr auf die Regierungstruppen stützen. Es ist schwer zu sagen, ob es Yuan Shikai, der zum Ministerpräsidenten mit weitgehenden Vollmachten ernannt worden ist, gelingen wird, durch Reformen die bisher unumschränkt herrschende Dynastie auf Grundlage der konstitutionellen Monarchie zu retten.

Rexien scheint vor dem Untergang zu stehen. Von Norden rücken die Russen, von Süden die Engländer in das Land ein, das noch keine Kraft zum Widerstand gefunden hat. H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Unzureichender Arbeiterschutz gibt nicht allein in einzelnen Betrieben, sondern immer noch in ganzen Industrien Leben und Gesundheit des Proletariats schweren Gefahren preis. Unsere Gewerkschaften widmen sich in den letzten Jahren in steigendem Maße der verdienstvollen Aufgabe, durch Untersuchungen die Öffentlichkeit über die betreffenden Zustände anzuklären und vor allem dem Gesetzgeber und den Aufsichtsbeamten das Gewissen für ihre Pflichten zu schärfen. So enthielt der Fabrikarbeiterverband vor einiger Zeit in einer Schrift die entsetzlichen Gefahren in den chemischen Fabriken. Der Holzarbeiterverband lenkte ebenfalls neuerlich die öffentliche Aufmerksamkeit auf gefährdende Zustände, denen durchgreifende gesetzliche Bestimmungen und wirksame Kontrolle der Betriebe entgegenarbeiten müssen. Er betraf eine Zusammenkunft der an Holzbearbeitungsmaschinen Beschäftigten nach München ein. Auf dieser Konferenz wurden zahlreiche und schwere Klagen darüber erhoben, daß die Arbeiter an den gefährlichen Maschinen, wie Hobelmaschinen, Kreis- und Bandsägen, Fräsen usw., ganz unzulänglich geschützt sind. Finger- und Handverletzungen kommen hier äußerst häufig vor, wie unter anderem auch eine auf der Tagung ausgestellte Sammlung von Photographien entsetzlich verstümmelter Hände veranschaulichte. In Anbetracht der so großen Unfallgefahr für die an diesen Maschinen Beschäftigten forderte die Konferenz eine Verbesserung des Arbeiterschutzes: Festsetzung eines Maximalarbeitstags von zehn Stunden täglich mit allmählicher Herabsetzung auf acht Stunden; Verbot der Frauenarbeit an den Holzbearbeitungsmaschinen; wirk-

samere Aufsicht über die Betriebe durch die Vermehrung der Gewerbeinspektoren unter Hinzuziehung von Arbeitern usw. Auch eine andere Industrie bedarf dringend eines verbesserten Arbeiterschutzes. In letzter Zeit haben größere Brände, denen auch Menschenleben zum Opfer fielen, die Aufmerksamkeit auf die große Feuergefährlichkeit der Zelluloidfabriken gelenkt und ihre vielerorts geradezu gewissenlose Anlage. In diesen Betrieben sind besonders viel Arbeiterinnen beschäftigt. Die Verbände der Holzarbeiter, Fabrikarbeiter und Buchbinder haben deshalb eine Petition an den Reichstag gerichtet um Erlass einer Bundesratsverordnung, die Schutzmaßnahmen gegen die Feuergefahr festsetzen sollte, die in jener Industrie in hohem Maße besteht. Die Petitionskommission hat diese Eingabe dem Reichskanzler zur Berücksichtigung empfohlen. Doch wir fürchten, der Herr Reichskanzler hat zurzeit andere Sorgen, und höfische und parlamentarische Känstelspiele sind ihm wichtiger als der Schutz von Arbeiterleben.

Unter den Kohlenbergleuten gärt es andauernd. In Großbritannien ist eine große Bewegung im Anzug, die ihre Wellen nach dem Festland herüberwerfen und auch die Bergleute Deutschlands erfassen kann. Die englischen Bergarbeiter haben den Grubenherren ihre Forderungen eingereicht, die aber fast in allen Distrikten abgewiesen worden sind. Eine Konferenz der britischen Bergarbeiterverbände tagte am 14. und 15. November in London und setzte auf den 20. Dezember eine Abstimmung über den Beginn eines Generalstreiks an. Unbestreitbar sind die englischen Bergleute in großer Erregung und dem Generalstreik sehr zugeneigt. Doch, da in den einzelnen Bezirken ganz unterschiedliche Kündigungsfristen bestehen, auch gegenwärtig noch Unterhandlungen mit den Unternehmern stattfinden, so läßt sich der Zeitpunkt eines etwaigen Kampfes nicht voraussagen. Auch unter den deutschen Bergarbeitern tritt das Verlangen nach Lohnaufbesserungen immer stärker hervor. Während in vielen anderen Industrien die Löhne gestiegen sind, allerdings lange nicht in dem Maße, wie die Preise der Lebensmittel, sind sie im deutschen Bergbau gesunken. Große Versammlungen im Ruhrgebiet beschäftigten sich mit der Forderung und den Bergarbeiterlöhnen. Die Mehrzahl von ihnen beschränkte sich fürs erste auf die Besprechung der unerträglich gewordenen Lage. Dagegen beschloß eine von etwa 1000 Personen besuchte Versammlung in Linen, es sollten sofort Forderungen aufgestellt und den Bergwerksbesitzern eingereicht werden. In einer Resolution, die den Vorständen der vier in Betracht kommenden Bergarbeiterorganisationen übermittelt werden soll, wird dies ausdrücklich verlangt und betont, daß es den Bergarbeitern mit der Lohnbewegung bitter ernst sei.

Der Tabakarbeiterausperrung größere Ausdehnung zu geben, sind die Scharfmacher in der Tabakindustrie eifrig bestrebt. Die westfälischen Zigarrenfabrikanten stellten auf der Versammlung des Unternehmerverbandes in Berlin den Antrag, alle organisierten Tabakarbeiter und -arbeiterinnen in ganz Deutschland auszusperrn. Doch fanden die Herren für ihren Plan zunächst noch keine Gegenliebe, und sie mußten sich mit einer Sympathieerklärung begnügen. Im übrigen geht der Kampf ruhig weiter. Die Ausgesperrten werden von der gesamten deutschen Arbeiterschaft unter Führung der freien Gewerkschaften gestützt. Mehr als 13000 Tabakarbeiter, darunter 5000 Arbeiterinnen, stehen zurzeit im Kampfe. Ihre Forderungen sind angesichts der niedrigen Löhne und der großen Teuerung außerordentlich bescheiden. Für Zigarrenmacher werden Erhöhungen gefordert von 50 Pf. bis 1,25 Mk. für das Tausend, je nach der Güte der Zigarren; für die Zigarrenfortierer 10 Pf. bis 30 Pf. Die im Affordlohn beschäftigten Kistenmacher, Bekleber und Fertigmacher, Zurichter und Zurichterinnen fordern 10 Prozent Lohnzulage und die im Wochenlohn stehenden Arbeiter 2 Mk., Arbeiterinnen 1 Mk. Lohnzulage. Solche Lohnerhöhungen zu bewilligen wäre den Unternehmern ein Leichtes, wenn der gute Wille da wäre.

Eine große Ausperrung droht den Berliner Metallarbeitern. Die Hauptversammlung des Verbandes Berliner Metallindustrieller beschloß zur Unterstützung der seit Wochen von Streiks betroffenen Gießereibetrieben und wegen Mangel an Guß einstimmig, am 30. November 60 Prozent der Arbeiterschaft auszusperrn.

Die Münchener Kellnerinnen haben durch den Verband der Gastwirtsgehilfen dem Wirtverein einen Lohn tarif unterbreiten lassen. Ihre bisherigen Arbeitsbedingungen spotten — wie die „Gleichheit“ wiederholt gezeigt hat — jeder Beschreibung. Lohn erhalten die Kellnerinnen fast nirgends oder höchstens einige Mark im Monat, die aber für Kranken- und Invalidenbeiträge angerechnet werden. Die einzige Einnahmequelle dieser Arbeiterinnen, das Trinkgeld, ist seit der Bierpreiserhöhung in Bayern auch fast versiegt. Dabei fordern die Wirte unerhört hohe Abgaben von

ihnen ein. Die Kellnerinnen haben Bruch- und Puhgelder zu zahlen, in vielen Fällen täglich 60 Pf. und mehr. Tageszeitungen und Witzblätter müssen sie in manchen Restaurants auf ihre Kosten halten, auch Blumen als Tischverzierung stellen. Selbst für Benutzung der Toilette wird von ihnen oft Bezahlung verlangt. Um diesen elenden Zuständen ein Ende zu machen, verlangen die Kellnerinnen außer der Abschaffung obiger Verpflichtungen einen Lohn — wenn man eine solch geringe Entschädigung überhaupt noch Lohn nennen kann — von monatlich 25 Mk. Da die Wirte sich weigerten, diese Forderungen zu bewilligen, ist das Einigungsamt angerufen worden. Wahrscheinlich wird es in nächster Zeit zu einem Ausstand der Kellnerinnen kommen.

Aber die Tätigkeit des Verbandes der Hausangestellten seit seinem Bestehen erfahren wir näheres aus dem vom Vorstand herausgegebenen Geschäftsbericht. Es liegt in der Natur der Sache, daß diese jüngste der Gewerkschaften, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, besonders schwer zu ringen hat, um sich durchzusetzen. Die Werbearbeit unter den Dienenden wird riesig dadurch erschwert, daß diese isoliert im Haushalt leben — hier gibt's keine „Betriebsagitation“. Dann ist es in vielen herrschaftlichen Häusern für „verdächtige“ Personen fast unmöglich, Einlaß zu erhalten und mit den Hausangestellten in Berührung zu treten, um sie für die Organisation zu gewinnen. Die Schwierigkeiten vergrößert der häufige Stellenwechsel der Hausangestellten, der auch in dem häufigen Personenwechsel in den örtlichen Verwaltungen des Verbandes zum Ausdruck kommt. Der Verband verfügt noch nicht über Mittel, um Beauftragte besolden zu können, die sich der Organisationsarbeit ausschließlich zu widmen haben. Unsere in der politischen Bewegung tätigen Genossinnen, die sich vielerorts der Werbearbeit unter den Hausangestellten in anerkannter Weise annehmen, fehlt meistens die Zeit, um durchgreifend für den Verband zu wirken. Unter all diesen erschwerenden Umständen kann die Organisation nur Schritt für Schritt vorwärtskommen. Wenn sie trotzdem nach 1 1/2-jährigem Bestehen schon fast 5000 Mitglieder umfaßt, so ist das aller Ehren wert. Der kleine Verband war mit allen Kräften bestrebt, die Rechte der Hausangestellten nach außen hin zu vertreten. Zu der Reichsversicherungsordnung erhob er in einer Eingabe an den Reichstag die Forderungen der Dienstboten. Bei der Ausfertigung des Stellenvermittlungsgesetzes wirkten auf Ansuchen der Behörden die Ortsverwaltungen des Hausangestelltenverbandes mit, wenn die Gehührentage für die gewerbmäßigen Stellenvermittler festgesetzt wurde. Am 1. April d. J. trat die Krankenunterstützung des Verbandes in Kraft — die nach einjähriger Mitgliedschaft gezahlt wird. In den seither verfloffenen dreiviertel Jahren wurden bereits 1857,50 Mk. an Krankenunterstützung ausgezahlt. Bürgerliche Frauervereine und konfessionelle Dienstbotenvereine sind durch die Gründung unserer Organisation angepornt worden, für ihre Wasserjuppenpolitik kräftiger die Werbetrommel zu rühren. So brüsten sie sich jetzt mit einem Anstellungsvertrag, der aber weit hinter den vom Verband aufgestellten Mindestforderungen zurückbleibt. Dies Geheuchel sozialer Fürsorge kann bei den Dienstboten ebensowenig mehr verfangen wie bei den Arbeiterinnen anderer Berufe. Unsere Hausangestelltenorganisation kann in ihrem schweren Kampf der tatkräftigsten Unterstützung durch die Genossinnen sicher sein. #

Genossenschaftliche Rundschau.

Anfang Oktober hat in Frankfurt a. M. eine Sitzung von Funktionären und Vertretern der Genossenschaften stattgefunden, die dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angehören. Sie beschäftigte sich unter anderem auch mit der Frage, wie sich die Konsumvereine zu politischen Wahlen, insbesondere zu den kommenden Reichstagswahlen zu stellen haben. Das Organ des Zentralverbandes, die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“, hat sonderbarer Weise kein Wort über diese wichtige Sitzung berichtet. Nur in der Konsumgenossenschaftlichen Korrespondenz ist von Hamburg aus ein kurzer, zusammenfassender Bericht an die Presse gegeben worden. Danach hat Genosse Feuerstein-Stuttgart, der Sekretär des württembergischen Konsumvereinsverbandes, ein Referat gehalten, dem folgende Gedankengänge zugrunde lagen. In mittelständlerischen Organisationen, in Handels- und Gewerbetreibenden usw. Deutschlands machen sich seit Jahren Bestrebungen geltend, bei politischen Wahlen den Kandidaten sogenannte Mittelstandsforderungen zur Anerkennung zu unterbreiten, die sich in erster Linie auf die gesetzgeberische Bekämpfung der Konsumvereine durch Ausnahmesteuerungen und Beschränkung des Geschäftsbetriebs beziehen. Diese Bestrebungen der bezeichneten Organisationen wie auch innerhalb des Hansabundes sind ganz besonders im Hinblick auf die bevor-

stehenden Reichstagswahlen hervorgetreten. Daher sieht sich die Konferenz von Vertretern des deutschen Konsumvereinswesens veranlaßt, die Mitglieder der Konsumvereine ohne Unterschied der Parteirichtung zur energischen Abwehr aufzurufen und sie zu ermahnen, überall die erforderlichen Maßnahmen gegen die bezeichneten Bestrebungen rechtzeitig einzuleiten. Für diese Abwehrmaßnahmen sind folgende Gesichtspunkte streng zu beachten: In jedem Wahlkreis, in dem Konsumvereine bestehen, sind durch eine Abwehrkommission, die für die verschiedenen Bezirke zuständig ist, sämtlichen Kandidaten der Parteien schriftlich formulierte Fragen vorzulegen, die sich lediglich auf ihre Stellungnahme zu den Konsumvereinen im Falle der Wahl als Abgeordnete beziehen. Die Antworten der Kandidaten sind von der Kommission in entsprechender Weise zur Kenntnis der Mitglieder zu bringen. Eine auf die eingegangenen Antworten sich stützende Parole darf die Kommission nur insofern ausgeben, als sie zutreffendenfalls die Konsumvereinsmitglieder auffordert, und zwar mit dem größten Nachdruck, erklärten Gegnern keine Stimme zu geben. Ausweichende Antworten sollen als ungenügend bezeichnet und die Verweigerung der Antwort als gleichbedeutend mit Gegnerschaft gegen die Konsumvereine behandelt werden. Man erwartet von den politischen Parteien eine gebührende Berücksichtigung dieses Standpunktes, der lediglich der Abwehr dient. Die hervorragende volkswirtschaftliche Bedeutung und die Leistungen der deutschen Konsumvereine, ganz besonders im Hinblick auf die seit Jahren anhaltende und neuerdings bedeutend verschärfte Steuererhöhung, dürften den Parteien einen nicht zu übersehenden Fingerzeig für die Beurteilung der ganzen Frage geben. Die anderthalb Millionen deutscher Konsumvereinsmitglieder aber werden angesichts der Bestrebungen ihrer Gegner in dringlicher Weise zur nachdrücklichen Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen im bezeichneten Sinne aufgefordert. Jeder Kandidat soll gefragt werden, ob er bereit ist: Im Falle seiner Wahl als Abgeordneter gegen jede Benachteiligung der Konsumvereine auf dem Gebiet der Gesetzgebung zu stimmen? Bei einer eventuellen Änderung des Genossenschaftsgesetzes jede Verschlechterung desselben überhaupt abzulehnen, wie auch jede gegen die Konsumvereine gerichtete Änderung und insbesondere die Einführung der sogenannten Bedürfnisfrage für die Gründung neuer Konsumvereine oder Filialen solcher? Jede Ausnahmestellung der Konsumvereine abzulehnen?

Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution ist einstimmig angenommen worden. Dieser Vorgang ist ein erfreuliches Zeichen dafür, daß die Konsumvereine doch ein wenig aus der absoluten politischen Passivität heraustreten wollen, die ihnen fortwährend gepredigt wird. Die Verhältnisse in Deutschland drängen ja auch förmlich dazu. Und wenn die Frankfurter Konferenz in ihren Entschlüssen noch recht vorsichtig und zaghaft geblieben ist, so kann man das nach Lage der Sache verstehen. Deshalb wollen wir auch die Kritik schweigen lassen, in der Annahme, daß wir hier einen guten Anfang einsichtigeren Handelns vor uns haben. Wenn die Konsumvereine bei den Reichstagswahlen in der empfohlenen Weise vorgehen, wird sich wiederum herausstellen, was längst nichts Neues mehr ist: daß die Konsumvereine für ihre Förderung und für ihren Schutz in der Hauptsache auf die sozialdemokratische Partei angewiesen sind. Wenn das die Reichstagswahlen noch besonders beweisen, dann kann es allen nur lieb sein, die ein möglichst inniges Verhältnis zwischen der modernen Arbeiterbewegung und den Konsumvereinen wünschen, wie es den Beschlüssen in Kopenhagen und Magdeburg entspricht.

Der riesige Konsumverein Leipzig-Plagwitz hat laut Bericht im letzten Geschäftsjahr 1910/11 wiederum recht gute Fortschritte aufzuweisen. Der Gesamtumsatz betrug 20 862 443 Mk., reichlich 2 1/2 Millionen mehr als im Vorjahr; der Reingewinn bezifferte sich auf 1 937 637 Mk. Am 30. Juni 1911 zählte der Verein 48 956 Mitglieder, inzwischen hat er die 50 000 überschritten. Auch als Steuerzahler ist die Genossenschaft nicht zu verachten, denn sie entrichtete 71 300 Mk. Staats- und 82 560 Mk. Stadteinkommensteuer! Der Konsumverein Leipzig-Plagwitz ist wahrscheinlich der größte Steuerzahler Leipzigs! Kolossal sind auch die Umsätze der Spezialbetriebe; der der Bäckereien betrug 8 848 042 Mk., während die Fleischerei für 2 428 146 Mk. Waren abgab. Im Durchschnitt entnahm jedes Mitglied für 411 Mk. Waren im Vorjahr. Das dürfte einer der größten Durchschnittsumsätze aller deutschen Konsumvereine sein. In dieser Beziehung unterscheidet sich der Leipziger Verein vorteilhaft von der Hamburger „Produktion“, die an Mitgliedern noch etwas größer ist. Die Waren wurden in circa 100 Läden an die Mitglieder abgegeben und der Verein beschäftigte insgesamt weit über 1000 Personen.

In Berlin tagte kürzlich die Generalversammlung der Zentralvereinigung deutscher Vereine für Handel und

Gewerbe. Dabei mußten selbstverständlich die Konsumvereine wieder einmal herhalten. Während alle Welt bei der gegenwärtigen Zenerung zugestimmt, daß unsere Händler ihrer Aufgabe nicht gewachsen sind und daß wir Konsumentenorganisationen dringend nötig haben, um bei den Verteuerungen auch einen regulierenden Faktor zu besitzen, haben die Mittelständler die Dreistigkeit, wieder einmal gegen die Konsumvereine zu hetzen. Da sie sich einen schlechteren Zeitpunkt wirklich nicht aussuchen konnten, wird das Geschrei hoffentlich wirkungslos bleiben. Der unvermeidliche Herr Hammer protestierte dagegen, daß er eine Sonderbesteuerung beabsichtige, er wolle die Konsumvereine nur ebenso besteuern wie die Gewerbetreibenden. Dabei verschweigt der gute Mann, daß schon heute für die Konsumvereine dieselben Rechtsgrundsätze gelten wie für die Gewerbetreibenden und Händler. Nur die festen Rabatte bleiben bei den Konsumvereinen genau wie bei den Händlern unversteuert. Im übrigen zahlen sie sehr reichlich Steuern. H. P.

Notizenteil.

Frauenstimmrecht.

Die Einführung des Frauenwahlrechts in Kalifornien wurde auch von den sozialistischen Frauen, nicht nur in Kalifornien selbst, sondern im gesamten Gebiet der Vereinigten Staaten mit dem größten Jubel begrüßt. Abgesehen davon, daß wir uns jedes sozialen Fortschritts freuen, einerlei von wem er errungen wurde, hat dieser Sieg der Frauen gerade für unsere Sache noch eine besondere Bedeutung. Kalifornien ist, sowohl landwirtschaftlich wie industriell, der hervorragendste Staat westlich vom Mississippi. Im Gegensatz zu den fünf anderen Staaten — Wyoming, Colorado, Utah, Idaho und Washington —, die bisher das Frauenwahlrecht einführen, hat Kalifornien keine überwiegend männliche Bevölkerung, sondern die Bevölkerung besteht ungefähr zur Hälfte aus Frauen. So wurden in Kalifornien mit einem Schläge mehr Frauen politisch emanzipiert als in den übrigen fünf Staaten zusammen. Einen großen Prozentsatz dieser neuen Bürgerinnen aber bilden die erwerbstätigen Frauen. In Handel und Industrie und Landwirtschaft, besonders in der hochentwickelten Obstzucht Kaliforniens, sind Tausende und aber Tausende von Frauen beschäftigt. Diese arbeitenden Frauen haben nun — insofern sie überhaupt die nötigen Qualifikationen zur Ausübung des Bürgerrechts besitzen — im Stimmzettel die nämliche Waffe zur Verteidigung ihrer Interessen wie die männliche Arbeiterschaft. Es kommt für sie fortan nur noch darauf an, diese mächtige Waffe richtig zu gebrauchen, um schon im Verlauf von wenigen Jahren ihre Lage zu verbessern. Das männliche Proletariat Kaliforniens ist für amerikanische Verhältnisse besonders fortschrittlich. Mehrere große gewerkschaftliche Organisationen haben dort eine nicht zu unterschätzende Macht erlangt, die sie schon einige Male bei wirtschaftlichen Kämpfen mit Nachdruck geltend machten. Dieser organisierten Arbeiterschaft haben die Frauen Kaliforniens nicht zum mindesten ihren Sieg zu verdanken, denn sie trat von Anbeginn für die Annahme der Verfassungsänderung zugunsten des Frauenstimmrechts ein. Während kapitalistische Organisationen, Fabrikantenvereine und dergleichen mehr, die Frauenrechtlerinnen mit allen Mitteln der Reaktion bekämpften, verging kaum ein Tag, an dem nicht in Arbeiterversammlungen oder in den Geschäftssitzungen der Gewerkschaften Resolutionen für das Frauenstimmrecht zur Annahme gelangten; die Gewerkschaften betrieben eine sehr rührige Agitation für die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts. Die Arbeiterschaft, die den Frauen ihren politischen Sieg erringen half, wird auch die Arbeiterinnen organisieren und sie lehren, mit der Macht des Stimmzettels Siege zu erringen. Hier liegt also gerade für die sozialistische Agitation ein großes und fruchtbares Betätigungsfeld vor, und man kann dessen gewiß sein, daß unsere Genossen und Genossinnen an der Küste des Stillen Ozeans es mit Eifer und Einsicht bestellen werden. Hat doch während der letzten Jahre die sozialistische Partei in Kalifornien einen bedeutenden Aufschwung genommen, und gerade sozialistische Frauen haben dort schon vortreffliche Agitations- und Organisationsarbeit geleistet. Man kann also während der kommenden Jahre mit gespanntem Interesse auf die politische Entwicklung Kaliforniens blicken. Wir glauben zuversichtlich, auch die kalifornischen Frauen werden, wie schon die Frauen anderer Staaten, das alte Argument glänzend widerlegen, daß die Frau ihr politisches Recht nur im Interesse der Reaktion ausübt.

Meta L. Stern, New York.

Für das Frauenstimmrecht für den Kirchenrat der Augsburgischen Konfession in Elßaß-Lothringen hat sich das Ober-

konfistorium dieser Kirche mit 14 gegen 7 Stimmen erklärt. Mit 13 Stimmen wurde der Passus gestrichen, daß die weiblichen Mitglieder des Kirchenrats nicht mehr als ein Drittel betragen sollten. 19 Männer waren dagegen, daß die Frauen auch den Konfistorien und dem Oberkonfistorium angehören dürften. Elßaß-Lothringen ist der erste deutsche Bundesstaat, in dem das Kirchenwahlrecht für die Frauen eingeführt werden soll. Die Regierung des Landes ist einstweilen noch gegen die Beschlüsse des Oberkonfistoriums. Sie fürchtet, daß ihre Verwirklichung den Kampf für die Eroberung des politischen Frauenwahlrechts finden werde.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

I. K. Die zweite Jahreskonferenz der deutschen Genossinnen in den Vereinigten Staaten hat kürzlich in Elizabeth, New Jersey, getagt. Es nahmen Delegierte der verschiedenen Zweigorganisationen an ihr teil, die früher in dem sozialistischen Frauenverein zusammengeschlossen waren und nun der Sozialistischen Partei angegliedert sind, außerdem die Genossen Ostland, Abneburg und Lore als Vertreter des Agitationskomitees der deutschen Genossen für den Staat New York und Genossin Romm als Redakteurin der Frauenseite der „Volkzeitung“. Zweck der Konferenz war die Beratung über Mittel und Wege, die Agitation unter den Frauen und zumal unter den Hausfrauen zu fördern. Die Berichte der Zweigorganisationen ergaben leider kein Bild einheitlichen Fortschrittes der sozialistischen Frauenbewegung, soweit es sich um die Deutsch sprechenden Genossinnen handelt. Einige konnten recht gute Erfolge melden, seitdem sie sich unmittelbar der Partei angeschlossen haben, andere klagten über große Gleichgültigkeit gegen ihre Bestrebungen; die beiden größten Sektionen des ehemaligen Sozialistischen Frauenvereins, Newark und East New York, sind eingegangen, ohne daß die betreffenden Parteiorganisationen einen Zuwachs an weiblichen Mitgliedern erhalten haben. Von gutem Erfolg konnte Genossin Schneppe in ihrem Referat über Frauentag und Frauenstimmrecht berichten. Die Konferenz nahm dazu eine Reihe von Anträgen an, welche eine noch regere und systematische Beteiligung der Deutsch sprechenden Genossinnen an dem Frauentag fordern, die einheitliche Abhaltung des Frauentags in den Vereinigten Staaten am 28. Februar, die Unterstützung einer Petition der Partei für die Einführung des Frauenwahlrechts, die Verteilung von entsprechenden Flugblättern usw. Über Agitation und Organisation sprach Genossin Ostland und gab mancherlei neue Anregungen für die Praxis. Die Konferenz beauftragte das Agitationskomitee mit Versuchen, die eingegangenen Zweigorganisationen wieder ins Leben zu rufen; sie besprach die Veranstaltung von Lesebänden zur Schulung der Genossinnen und zur Ausbildung von Rednerinnen; sie empfahl den Zweigvereinen die Gründung von Bibliotheken kleiner Bücher und Broschüren. Ein dreigliedriges Komitee, bestehend aus den Genossinnen Schneppe, Lore und Henry, soll Genossin Romm in der „Volkzeitung“ durch Mitarbeit unterstützen. Genossin Mordorff wurde als internationale Korrespondentin gewählt. Um die Arbeiten der nächsten Jahreskonferenz zu erleichtern, sollen Anträge usw. vorher dem deutschen Frauenagitationskomitee eingeschickt werden. Den sozialistischen Sonntagsschulen und ähnlichen Einrichtungen sowohl der Deutsch wie der Englisch sprechenden Genossen wurde eifrige Förderung zugesichert. In tiefer Ergriffenheit hatte die Konferenz der verstorbenen Vorkämpferin Johanna Greis-Cramer gedacht. Mit dem begeisterten Gelöbniß, in alter Treue mit frischem Mute weiterzuarbeiten, trennten sich die Delegierten.

Frauenbewegung.

Die erste Konferenz zur Berufsberatung der weiblichen Jugend hat in Berlin getagt. Aus vielen kleinen Flicken will man ein größeres Flickwerk zusammennadeln, und das soll einer traurigen sozialen Erscheinung abhelfen, die tief im Wesen der bürgerlichen Ordnung verwurzelt ist. Das ist der Sinn des Ergebnisses dieser Konferenz, der es nicht an Lamenten gefehlt hat. Die Auskunftsstellen bürgerlicher Frauenvereine und sogenannter gemeinnütziger Vereinigungen sollen zu einem Verband von Auskunftsstellen zusammengeschlossen werden.

Das Hauptreferat über die Grundsätze einer gemeinnützigen Berufsberatung erstattete Frau Levy-Kathenau, welche folgende Thesen begründete: „Die Berufsberatung des weiblichen Geschlechts muß Frauen aller Altersstufen und aller Stände umfassen. Die schulentlassene Jugend, der zumeist der Rat weiblicher Mütter und der Einfluß der Berufsstradition fehlt, bedarf verständnisvoller Führung, die ihr die rechten Wege für die Be-

rußarbeit weiß. Für ältere, unvorbereitet zum Erwerb gezwungene Frauen ist planmäßige Fürsorge erforderlich. Zur Erfüllung dieser Aufgaben ist es zweckmäßig, die Beratung des weiblichen Geschlechts nach besonderen Gesichtspunkten und getrennt von der für männliche Personen auszugestalten. Als Grundlage für die Auskunftserteilung dient die Beschaffung zuverlässigen Nachrichtenmaterials. Die für die Berufstätigkeit erforderlichen umfassenden Kenntnisse müssen durch einschlägige Studien erworben und durch dauernde methodische Fortbildung erweitert werden. Die gemeinnützige Beratung soll in einer objektiven Kennzeichnung der Berufe bestehen, unter Hinweis auf die Anforderungen, die sie in geistiger, körperlicher, sittlicher und materieller Hinsicht stellen. Die Angliederung von Lehrstellen oder Stellenvermittlung, von Darlehens- und Unterstützungskassen usw. ist nicht zweckmäßig, weil sie das ideale Ziel einer von Augenblickserscheinungen unbeeinflussten unparteiischen Beratung und Aufklärung in den Hintergrund drängen. Mittel der Beratung und Belehrung sind Sprechstunden, schriftliche Auskünfte, Vorträge in Schulen, an Elternabenden, in Bildungsvereinen, Merkblätter, Wegweiser, Auskunftsblätter, periodische Veröffentlichungen usw. Die erstrebenswerte Ausgestaltung der Beratungstätigkeit ist die Schaffung allgemeiner, öffentlicher Berufsämter mit Frauenabteilungen unter geschulter weiblicher Leitung. Zur Erreichung dieses Zieles ist der Zusammenschluß der bestehenden Organisationen und die Einrichtung eines gemeinnützigen, vorbildlich wirkenden Frauenberufsamtes, dem Beihilfen aus öffentlichen Mitteln zu gewähren sind, notwendig.

Mit dem Wie der Berufsberatung beschäftigten sich mehrere andere Referate. Fräulein Gadesmann setzte sich in scharfer Kritik mit den Organen der Berufsberatung auseinander, die nach ihren Feststellungen keine Fühlung mit den tatsächlichen Verhältnissen der jungen Mädchen, der Schule und dem Arbeitsmarkt haben. Die Aufgaben von Schule und Lehrerschaft bei der Berufsberatung erörterte Fräulein Genrich, die der Arbeitsnachweise wurden von Fräulein Klausner behandelt. Die Vorsitzende des Heimarbeiterinnenverbandes, Fräulein Behm, referierte über die Mitarbeit der Berufsorganisationen bei der Berufsberatung. Sie repräsentierte in der ausgesprochen bürgerlichen Zusammenkunft das proletarische, das gewerkschaftliche Element. Oder richtiger: sie sollte es repräsentieren, soweit es sich um die Arbeiterinnen im besonderen handelte. Da jedoch der Charakter des Heimarbeiterinnenverbandes als einer nichtgewerkschaftlichen „Wohlfahrtsorganisation“ bekannt ist, Fräulein Behms waschechte bürgerliche Gesinnung nicht minder: konnte ihre Beteiligung weder das bürgerliche Gepräge der Konferenz verwischen, noch deren Verhandlungen auch nur zeitweise zwingen, von der Oberfläche sozialer Erscheinungen in ihre Tiefen hinabzuseigen und ihre Wurzeln in der kapitalistischen Wirtschaft bloßzulegen.

Die heutige anarchische Berufswahl erfolgt ohne Rücksicht auf Neigungen, Fähigkeiten und Kräfte der Mädchen und Knaben, das war der Grundton aller Ausführungen. Die Triebfeder der Berufswahl ist nach ihnen immer nur der Wunsch des schnellen Geldverdienens. Daher die vielen ungelerten Arbeiterinnen, die den Lohn herabdrücken, deren Konkurrenz der einzelnen Frau zum Verhängnis wird und den „Volkswohlstand“ gefährdet. Wie rührend einfach und harmlos! Diese Auffassung kennt weder den bitteren, tödlichen Zwang des schnellen Verdienensmüssens, noch den ausbeutenden Kapitalisten, der die ungelerte Arbeiterin als Lohndrückerin auspielt, noch aber die Gesetze der kapitalistischen Produktion, die ihm erlauben, das zu tun und den „Volkswohlstand“ zu gefährden, um seine Tasche zu füllen.

Die verschiedenen Auskunftsstellen sind nach den Berichten stets auf dieselben Ursachen verfehlter Berufstätigkeit gestoßen: unverständige Eltern und Kinder, die infolge von Annoncen, schlechten Berufsberatern, untauglichen Ausbildungsanstalten in verkehrte Bahnen gelenkt werden. Die Auskunftsstellen scheinen kein Organ für das Stück Kapitalismus zu besitzen, das in allen diesen Ursachen steckt! Mit Hilfe der Schulen, der Lehrer und Schulärzte — dies die vertretene Auffassung — soll die Berufswahl der Jugend in gesunde Bahnen gelenkt werden. In Deutschland gilt es zu diesem Zwecke Ähnliches zu schaffen, wie es das neue englische Gesetz tut, das die Schulleitungen zur Beratung bei der Berufswahl verpflichtet. Das zu erstrebende Ziel ist die Schaffung eines staatlichen Berufsamtes. Die auf der Konferenz vertretenen Organisationen müssen an die Handelskammern, an die Handwerkskammern, an die Gemeinden, an den Staat herantreten, damit diese die Sache unterstützen. Die Auskunftsstellen sollen jede für sich arbeiten, die Zentralkasse hat allen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Es sind besondere Abteilungen zur Berufsberatung für Jugendliche, für Vorgeschnitene, für ältere Frauen einzurichten. Die weib-

liche Jugend müsse auf dem Lande anders beraten werden als in der Stadt. Man habe sich an die Gewerkschaften, an die Jungfrauenvereine und alle wichtigen Faktoren zu wenden, um möglichst schnell etwas zu erreichen. Die Diskussion brachte weder wesentlich neues Material noch neue Gesichtspunkte. Bemerkenswert war nur die Erklärung der Vorsitzenden des „Bundes deutscher Frauenvereine“, Fräulein Dr. Bäumer, daß die Berufswahl der Schülerinnen höherer Anstalten durch die heutige Schulpolitik vielfach in falsche Wege geleitet würde und daß die männlichen Schulleiter durchaus nicht befähigt seien, die Mädchen gut zu beraten. Es wäre empfehlenswert, daß ein Ministerialerlaß an den höheren Schulen eine Lehrerin mit der Berufsberatung betraue, da die meisten Direktoren den neuen Studiengängen ablehnend gegenüberstünden.

Die Anregungen und Vorschläge der Konferenz enthalten unstreitig manches Beachtenswerte. In die Praxis umgesetzt, könnte das in einzelnen Gutes stiften. Allein auch die Verwirklichung des ganzen aufgestellten Programms würde verfehlte Berufswahl, ungelerte Arbeit, Lohndruck usw. als Massenerscheinungen nicht beseitigen. Diesem Ziel zieht der Kapitalismus eine enge Schranke. Was erreicht werden kann, bleibt Fluid- und Stückwerk. Aber die Sache hat noch einen anderen Haken. Wenn man bedenkt, daß es lediglich bürgerliche Frauen, „christliche“ Frauen und mittelständische Kreise sind, die sich für die Berufsberatung der weiblichen Jugend begeistern, so erscheint eine große Dosis Zweifel und Mißtrauen angesichts der neuen Organisation und ihres Wirkens geboten. Das um so mehr, als namentlich auch die Volksschule zur Unterstützung der Bestrebungen herangezogen werden soll. Wir kennen den Geist, der die heutigen Schulen beherrscht, und wissen, warum er sie beherrscht. Es geht dabei nicht um die Entwicklung der Kräfte unserer proletarischen Jugend, vielmehr um deren geistige „Jähmung“. Das nämliche erhabene Ziel kapitalistischer Klassenheerschaft dürfte sich auch bei der Berufsberatung der weiblichen Jugend durchsetzen. Diese Berufsberatung ist ein Teil des planmäßigen Strebens bürgerlicher Kreise, die Kinder des Proletariats geistig-sittlich an die bürgerliche Ordnung zu fesseln und sie dadurch später dem Besetzungskampf ihrer Klasse fernzuhalten. Und gerade weil es um die arbeitende Jugend, um unsere Zukunft geht, können wir den wohlmeinenden bürgerlichen Damen und Herren nicht scharf genug auf die lebenswürdigen Händchen sehen. a. n.

Frauenfrage und Frauenbewegung in China. Wiederholt hat die Tagespresse Notizen veröffentlicht, die von dem Erwachen der Frauen in China und den Anfängen ihrer Emanzipationsbewegung meldeten. Solche Nachrichten gehörten zu den Anzeichen, die uns die Zerzung und Umwandlung der alten gesellschaftlichen Zustände im Reiche der himmlischen Mitte kündeten. Die Revolution, die zurzeit in China siegreich vorwärtsschreitet, hat die Bedeutung dieser Anzeichen vollumfänglich bestätigt. Wie überall, wo sie der Entfaltung der modernen Produktion die Bahn ebnete, so wird sie auch dort neue, fruchtbare Vorbedingungen für die veränderte soziale Stellung der Frau und den Kampf für ihre Gleichberechtigung schaffen. Angesichts dieser Situation ist ein Brief über die Frauenfrage in China von besonderem Interesse, den der letzte Jahresbericht des Internationalen Frauenbundes enthält. Er rührt von Yamai Kin her, der ersten chinesischen Ärztin, die das Krankenhaus und die medizinische Lehranstalt in Tientsin leitet. Yamai Kin, die in Europa und Amerika studiert hat, schreibt an den Internationalen Frauenbund:

Sie bitten mich um einen Brief über die Frauen Chinas für Ihren Jahresbericht. Was die allerletzten Begebenheiten betrifft, so dürften meine Nachrichten infolge meiner fünfmonatigen Abwesenheit ziemlich unvollständig sein, um so mehr als ich zu weit entfernt wohne, um von den verschiedenen Provinzen Informationen zu erhalten; aber was den allgemeinen Stand der Dinge betrifft, so können wohl einige Monate kaum ins Gewicht fallen.

Bisher war es in China nicht gebräuchlich, in großen Organisationen zu arbeiten, außer zu einigen besonderen Zwecken; so gab es zum Beispiel revolutionäre Verbindungen, geschäftliche Innungen, religiöse Bewegungen. Ganz besonders aber im Leben der Frauen hat das Vereinsleben keine große Rolle gespielt, da es, abgesehen von dieser nationalen Gepflogenheit, noch ein anderes Hindernis für sie gibt. Es lebten bisher nur selten an einem Orte eine größere Zahl von Frauen, die mit der Gewandtheit schreiben konnten, die erforderlich ist, um Aufzeichnungen und Berichte über die Verhandlungen zu liefern, ohne die Vereine nicht arbeiten können.

Wenn dieses als allgemeine Tatsache hingestellt werden muß, so gibt es doch viele sehr interessante Ausnahmen. Zum Beispiel gab es in der Bogerbewegung vor zehn Jahren viele „Junge Mädchen-Bogergesellschaften“. Man nimmt allgemein an, daß diese Gesellschaften stark von dem mystischen Geiste erfüllt waren, den

die Bigotten ersehen; und da dieser Geist meist durch Verzückerungszustände und dergleichen hysterische Wunder in Erscheinung tritt, die gewöhnlich Begleiterscheinungen des religiösen Fanatismus sind, so erklärt es sich leicht, daß junge Mädchen dabei eine Hauptrolle spielten. Viele der Geheimgesellschaften Chinas haben Frauenabteilungen. Es ist sehr schwierig, den Umfang und die Ausdehnung ihres Wirkens festzustellen, da sie sehr geheimnisvoll in ihrem Vorgehen sind und man daher genaue Informationen schwer erlangen kann. Oft scheinen sie vornehmlich den Zweck zu verfolgen, ihre Mitglieder zu einer ausschließlich vegetabilischen Kost oder zu besonderen Atemübungen zu verpflichten, denen ein bestimmter Wert beigelegt wird, trotzdem werden sie oft revolutionärer Absichten beschuldigt — ob mit Recht oder Unrecht, läßt sich nicht feststellen. Die modernen radikalen Anarchisten, deren es in China etliche gibt, scheinen auch Frauen in ihren Reihen zu haben. Eine von ihnen wurde, obgleich sie Lehrerin an einer staatlichen Schule war und mehrere Jahre in Japan studiert hatte, trotz der Verwendung zahlreicher Personen zum Tode verurteilt, weil sie der Teilnahme an der Ermordung eines hohen Beamten beschuldigt war.

Sin und wieder hört man von Vereinen junger Mädchen, die sich Ehelosigkeit geloben und die erst dadurch der Öffentlichkeit bekannt werden, daß eines der Mitglieder Selbstmord begeht, weil es von den Eltern zur Verheiratung gezwungen werden sollte. Eine Zeitlang waren Vereine zur gegenseitigen Unterstützung sehr populär. Eine Anzahl Frauen verbanden sich, und jede versprach, eine bestimmte Summe während eines festgesetzten Zeitraums in die allgemeine Kasse zu zahlen. Der Bestand, der auf diese Weise zusammen kam, wurde von Zeit zu Zeit verlost und jedes Mitglied sollte nach und nach an die Reihe kommen. Aber die Sache geriet in Mißkredit, da es zuweilen vorkam, daß ein Mitglied, nachdem das Los ihm zugefallen war, seine Beiträge einstellte und auf diese Weise die übrigen der Wohltat beraubte.

In den ländlichen Bezirken gibt es viele Pilgervereine, die Wallfahrten zu Heiligenbildern unternehmen, oder Vereinigungen von Witwen zu gegenseitiger Hilfe. Oft wird eine große Mitgliederzahl erreicht, weshalb die Vereine die „Zehntausendgesellschaften“ genannt werden, da das als runde Zahl gilt. Zuweilen stehen solche „Zehntausendgesellschaften“ unter dem Protektorat des Bezirksobershauptes; aber gewöhnlich befürworten die Beamten die Gründung von Vereinen nicht, in der Befürchtung, daß sie revolutionäre Anschläge planen könnten. Sie wissen, daß die vereinzelter Frauen leicht zu regieren sind, daß sie aber in der Masse — als Einheit — leicht Schwierigkeiten machen.

Trotz der Tatsache, daß bisher Lesen und Schreiben nicht als notwendig zur Erziehung der Frau gehörte, sondern nur als Schmutz betrachtet wurde, der sie eventuell befähigte, die Klafiter zu lesen oder selbst Prosa und Dichtung zu verfassen, gibt uns die Geschichte viele Beispiele berühmter weiblicher Schriftsteller, Dichter und Geschichtsschreiber. In jedem wohlhabenden Haushalt gab es einige Frauen, die etwas Lesen und Schreiben konnten, und der Mann war immer stolz auf seine Frau, wenn sie so gebildet war. Es gibt eine bekannte Biographie berühmter Frauen, die sich über viele Jahrhunderte erstreckt und beweist, daß zu manchen Zeiten Frauen sich beinahe auf allen Arbeitsgebieten betätigt haben, von den Amazonen an, die Regimenter zu siegreichen Schlachten geführt haben und heimkehrend von ihren Souveränen mit Rang und Ehren den Männern gleich belohnt wurden, bis zur kunstreichen Blumenmalerin. Aber im allgemeinen löst die Frau ihren Einfluß im häuslichen Wirkungskreis aus, trotzdem sie durch die außergewöhnliche Verehrung, die ihr als Mutter gezollt wird, tatsächlich in einem größeren Kreise lebt, als es den Anschein hat. Eine Frau von Geist und Charakter hat nicht selten die Zügel offensichtlich geführt, sei es als Herrscher des Reiches oder als Oberhaupt der Familie; und ich muß gestehen, daß ich auf allen meinen Reisen unter den Chinesen nirgends so viele Pantoffelhelden gesehen habe wie in China. Die Mutter Mencius' wird stets als klassisches Beispiel dafür hingestellt, wie mächtig der Einfluß einer guten Mutter sein kann, und die Frauen werden angehalten, diesem Beispiel bei der Erziehung ihrer Kinder zu folgen. Es ist merkwürdig, zu beobachten, daß in der Geschichte großer Männer immer hervorgehoben wird, daß die Mutter, weit mehr als das Beispiel des Vaters, den Charakter und Sinn des Sohnes gebildet und beeinflusst hat.

Es ist für den Bewohner Westeuropas schwierig, die Stellung der Frau in der chinesischen Familie zu verstehen, da er ihrer patriarchalischen Organisationsform zu fern und fremd gegenübersteht. Aber man kann eine ungefähre Vorstellung davon gewinnen, wenn man das Alte Testament liest und sich klarmacht, was es etwa bedeutete, zu Abrahams Familie zu gehören, der zu einer Zeit dreihundertundachtzig geschulte Kriegerleute ins Feld schickte

konnte, lauter Knechte, die in seinem Haushalt geboren waren, oder wenn man an die Geschichte von Rebekka, Miriam, Deborah, Ruth oder Naomi denkt. Nur haben die jahrtausendlange Entwicklung und die mancherlei Wandlungen, durch die die Chinesen hindurchgegangen sind, die Familienorganisation noch viel verwickelter gemacht und weit über die Form hinaus verändert, die sich aus dem Gesichtskreis des primitiven jüdischen Volkes ergab.

Man stelle sich vor, wie es auf diese Frauen wirken mußte, unter den Einfluß der indischen Philosophie, besonders des Buddhismus, zu gelangen, der ihre Phantasie und ihr Gefühlsleben anregte und erfüllte, ähnlich wie das Christentum in seinen Anfängen es für die Bevölkerung Europas tat. Was es für sie bedeuten mußte, wenn zur Nacheiferung, als Ideal ein Leben vor sie gestellt wurde, das sich der Erlösung der Menschheit von den Abeln, die ihr auf Erden anhaften, gewidmet hat; wenn die Zartheit der Mutterliebe zum Gedanken der Göttin der Barmherzigkeit entwickelt wurde, deren besonderes Gebiet die Werke der Gnade, der Fürsprache und des Wohlthuns sind: die für die Schwachen und Hilflosen sorgt und daher die Frauen und Kinder unter ihren besonderen Schutz nimmt. Dies beeinträchtigte nicht die Lehre des Konfuzius von dem „Himmel“ droben, von dem die Menschen ihr Gewissen herleiten und auf den ihre Sittenlehre sich gründet, die das Fundament ihrer ganzen sozialen Organisation ist, die wiederum nur einer erweiterten Auffassung der Familie entspricht. Als der Buddhismus sich ausbreitete, nahm er die verschiedenen Legenden und Sagen in sich auf, die dem Volke des Landes, in das er eindrang, teuer waren, und schuf ein Heer von Heiligen und Teufeln von mannigfaltiger Gestalt, die Idee eines Himmels und von Stätten der zukünftigen Belohnung und Verdammnis, die der Lehre des Konfuzius fremd waren und die der Phantasie eine Nahrung boten, deren die Frauen sich schnell genug bemächtigten. Betrachtet man die Gebräuche bei dem Gottesdienst in China oder bei der griechischen oder römisch-katholischen Kirche in Europa, so erstaunt man über die Tatsache, daß die Phantasie der Menschen sich in wunderbar ähnlichen Bahnen bewegt haben muß, um so ähnliche Ergebnisse in so verschiedenen Zeiten der Welt und unter so verschiedenen Verhältnissen hervorzubringen.

Und dann stelle man sich abermals die Frauen vor, die unter diesen Einflüssen erwachsen sind und nun den Bedingungen gegenüberstehen, die aus dem Verkehr mit der Welt des Westens erwachsen, die sich bis an die Schwelle des Ostens vorschleibt. Ihre Erziehung wird jetzt nach den neuen Systemen geleitet und ist der für Knaben gleich. Sie dürfen Mathematik lernen und können sich neben Kenntnis der Muttersprache nützlich und klassisches Wissen mit Hilfe der neuen Schulbücher und der Leitfäden für die verschiedenen Wissensstufen aneignen, so daß ein Kind von durchschnittlicher Begabung während des achtjährigen Schulbesuchs eine gute Bildung erlangen kann. Es wird Geschichte der fremden Länder wie des eigenen Landes gelehrt, Naturwissenschaften, die ihnen die Welt, die sie umgibt, nicht als von Geistern und Heiligen, von Elfen und Dämonen bevölkert zeigen, sondern als eine solche, die es möglich macht, daß der Wille des Menschen sie beherrscht.

Unter dem Einfluß dieser neuen Triebkräfte haben die Frauen eine höchst befriedigende Antwort auf die Forderung nach einem neuen Patriotismus gegeben, der aus den alten Familiengefühlen durch den Zwang zur Selbsterhaltung gegenüber den von außen vordringenden Mächten gespeist wird. Sie lesen eifrig alle Zeitungen, die veröffentlicht werden. Eine wohlhabende Frau hat sogar eine Frauenzeitung gegründet, die in Peking viele Abonnenten hat. Die Frauen haben Anteil an der Bewegung zur Unterdrückung des Opiums genommen, die ein Kreuzzug innerhalb des Kaiserreichs war und noch ist. Sie ergreifen eifrig jede Gelegenheit, um sich über neue Begebenheiten zu unterrichten, und den Fremden pflegt es in Erstaunen zu versetzen, wenn er zum Beispiel die hervorragendste Schauspielerin einer Stadt über die portugiesische Revolution mit Verständnis diskutieren hört.

Ich möchte nun mit der Nachricht schließen, daß während der letzten Monate die Prinzessin Kalachin, die Frau eines der erblichen mongolischen Prinzen, die soviel für das Erziehungswesen — insbesondere für die Frauen ihrer Provinz — getan hat, einen Frauenverein in Peking gegründet hat, der etwa hundert Mitglieder zählt, eine nationale Ausbreitung anzunehmen bestimmt ist und dem Lehrerinnen, Schriftstellerinnen, Frauen von Beamten usw. angehört. Ich bin aufgefordert worden, dort einen Vortrag zu halten, und werde Ihnen Näheres darüber in meinem nächsten Briefemitteln.

Mit besten Grüßen Ihre ergebene

Yamai Kin.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Clara Jettin (Zumbel), Wilhelmshöhe, Post Ziegelhof bei Stuttgart.
Druck und Verlag von J. G. W. Diez Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.